

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 28.

Sonnabend, den 13. Juli 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ — Aus dem Röhniger Pflastersteinbruchgebiet. — Aus dem Schwarzwälder Pflastersteinindustrie. — Ein neuer Tarifabschluß für 300 Granitarbeiter. — Aus dem Keramarbeiterverband. — Der Buchdruckerstreik auf dem Verbandstag der Holzarbeiter. — Die Kruppischen Werke im Zeichen der Jahrhundertfeier. — Gewerkschaften als „politische“ Vereine. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Literarisches. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Ein Reichsbund der Bauunternehmer. — Verdächtigt muß werden. — Der Bauarbeiterstreik in der Zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Aus der schlesischen Steinindustrie.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperit sind: Jena: Kalksteinbetriebe. — Saarbrücken: Granitwerk B. Burger. — Laucha: Plaz Heinitz. — Hall: Wertpläge Burrer und Raß. — Mühlhausen (Elb): Plaz Bröder. — Grimma: Firma Weißhorn.

Seebach (Schwarzwald). Der Kampf bei den Granitwerken Seebach dauert unverändert fort. Alle Verhandlungen und Vermittlungsvorschläge der Kommission scheiterten bisher an dem Widerstand des Herrn Thiele.

Lütschenbach (Baden). Eine Festschmiede glaubt der Geschäftsführer Ulrich von den Süddeutschen Granitwerken Kändern mit den Arbeitern ausführen zu können. Nachdem es in einer Verhandlung über einen Tarifvertrag mit der Kommission zu einer Verständigung gekommen war, verweigerte er die Unterschrift. Nach Vorstellung durch den Gauleiter stellte er die Unterschrift in sichere Aussicht, gab aber an, wegen einiger Fragen noch einmal mit einem der Geschäftsinhaber Rücksprache nehmen zu müssen. Zum Schluß wurde die Unterschrift wieder verweigert. Sämtliche Firmen in Lütschenbach sind gesperrt und ist Zutritt streng fernzuhalten.

Augsburg. Der Streik bei Schülein ist beendet. Die Kollegen werden wieder eingestellt.

Coburg und Steinwiesen. Die hiesigen Granitwerke haben die „geheime“ Sperre eingeführt. Die reisenden Kollegen mögen dieses beachten.

Reinheim (Odenwald). Der Streik bei der Firma Frohmann & Co. dauert fort. Die eingeleiteten Verhandlungen verliefen resultatlos.

Dortmund. Im hiesigen Marmor- und Granitwerk stehen die Kollegen in Lohnbewegung.

Dürr-Arnsdorf. Die Granitarbeiter stehen hier seit sechs Wochen im Streik. Der Unternehmer Jakobowicz mutet den Brechern eine Lohnreduzierung von 15—30 Proz. zu. Einigungsverhandlungen sind eingeleitet.

Gailbach-Haibach. Der Streik der Steinmehlen bei der Firma Johann Karl ist seit 26. Juni beendet. Es wurde ein Tarif mit einer Stundenlohnreduzierung von 3 Pfg. bis zum 30. April 1913 laufend, abgeschlossen.

Dresden-Pirna. Die zureisenden Kollegen werden dringend ersucht, sich nach ihrer Ankunft sofort bei der Ortsverwaltung zu melden.

Nieden bei Schwäbisch-Hall. Die Kollegen stehen in Lohnbewegung. Die Klage Burrer, Klotz und Ehrlich sind gesperrt.

Nordendorf. Der Streik bei der bayrischen Marmor- und Syenitindustrie wurde ohne Ergebnis abgebrochen. Der Firma gelang es, Arbeitswillige anzuwerben.

Tiefenstein (Amt Waldshut i. Baden). Die Firma Ed. Störr sucht durch Inserate 15—20 Granitsteinhauer. Wie uns von den dortigen Kollegen mitgeteilt wird, haben dieselben schon seit vier Wochen keinen Lohn erhalten. Wer sich vor Schanden hüten will, ist gewarnt.

Reichenlamitz (Fichtelgebirge). Für 300 Granitarbeiter konnte „erstmalig“ ein Tarif abgeschlossen werden. Die Löhne der Hilfsarbeiter konnten ebenfalls um 2 Pfg. die Stunde erhöht werden.

Kaiserhammer (Fichtelgebirge). Der Neuabschluss des Tarifs brachte den Kollegen wesentliche Verbesserungen.

Bischofsroda. In den hiesigen drei Granitbetrieben haben die Kollegen die Kündigung eingereicht. Die Unternehmer wollen die Verhandlungen verschleppen.

Demitz-Thumitz. Trotz des Tarifabschlusses haben die Unternehmer die „geheime“ Sperre eingeführt. Zutritt ist zu unterlassen.

In **Oesterreich-Ungarn** sind gesperrt: Ofegg, Görkau, Lepitz (Böhmen), Stanislaw (Galizien), Wien, Cilli, Trient, Temesvar (Georg Kapfer), Pozsony, Arad, Győr, Pécs, Zombor, Esseg (Kroatien).

In **Dänemark**. Die Marmor- und Granitsteine in Kopenhagen befinden sich seit 8. Juni im Streik.

„Wem's nicht paßt, der kann gehen!“

Karl Marx hat die Rolle des Arbeiters in der kapitalistischen Gesellschaft als die einer Ware gekennzeichnet und damit dieses Verhältnis durchaus naturwahr festgestellt. Wie alle sozialistische Wahrheit über den Kapitalismus, ist den besitzenden Klassen auch diese Feststellung unbequem, besonders dann, wenn sie den „Bruder Arbeiter“ für ihre Zwecke einfangen und ihrer politischen Herrschaft dienstbar machen möchten. Im übrigen handelt es sich für sie dabei nur um eine theoretische Unbequemlichkeit, denn in der Praxis, im praktischen Arbeitsverhältnis, betätigen und beständigen sie das, was von den gehähten Sozialisten ausgesprochen wurde.

Die Unternehmer behandeln die Arbeiter nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, also ebenso als Ware wie irgendeine andre Ware. Planmäßig und zielbewußt handeln bekanntlich besonders die Kohlenkönige im Ruhrbezirk danach, indem sie das ganze Jahr hindurch proletarische Lohnrücker aus wirtschaftlich und kulturell rückständigen Ländern in Massen importieren, dadurch das Angebot von Arbeitskräften künstlich steigern und die Löhne niedrig halten. Die zitta 140 Millionen Mark, die seit 1907 den Ruhrbergleuten durch Borenthaltung der notwendigen Lohnerhöhungen und durch direkte Lohnreduktionen abgenommen wurden, sind der glänzende und klingende Erfolg dieser brutalen und profitwütigen kapitalistischen Lohnpolitik.

In andern Industrien wird es ebenso gemacht oder doch versucht, wenn stärkere gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter vorhanden sind, die die Wirksamkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage hemmen durch Tarifverträge mit Minimallohnen, Festsetzung von Akkordlöhnen usw. und die Verschlechterungsgelüste der Unternehmer verteilen, so daß es beim Versuch bleibt.

Mit ihren Syndikaten, Kartellen, Trusts usw. haben die Unternehmer durch gemeinschaftliche Festsetzung von Verkaufspreisen für ihre Produkte auf dem Warenmarkt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, die freie Konkurrenz, noch in ganz andern Umfange und mit ganz andern Erfolgen ausgeschaltet, als es den Arbeitern mit ihren Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes gelungen ist.

Die Unternehmer reden gar häufig nur von den „Arbeits Händen“, wie irgendein General von der „Zahl der Gewehre“, so daß die Soldaten eigentlich nur als Zubehörstücke zum Gewehr, als richtiges Kanonensfutter, erscheinen; oder wie in den Zuchthäusern nur von „Nummern“ geredet wird, hinter denen sich Menschen verbergen, die auch hier nicht aufhören, Menschen zu sein, und mögen sie noch so sehr mit Fehlern und Vergehen belastet sein.

Uebermenschen, wie Alexander Tille, Rirdorf und andre, Unternehmerorgane, wie die Deutsche Arbeit, „geber“-Zeitung, behandeln mit der ganzen Verachtung, deren sie fähig sind, die Ware „Arbeitskraft“, den Lohnarbeiter, der für das Kapital, für die ganze kapitalistische Gesellschaft nichts anderes sein soll, als eine Sache, als ein Ausbeutungsobjekt, dessen ganzer Daseinszweck als lebendes Wesen, als menschliches Arbeitstier, nur darin besteht, für das Kapital Mehrwert zu schaffen und sich selbst mit den niedrigsten Existenz- und Lebensbedingungen zufrieden zu geben. In echt christlicher und zentriemlicher Schönheit hat diesen edlen Gedanken der Regensburger Bischof Henle in die Worte gekleidet: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Diese niedrige moralische Bewertung des Arbeiters durch das Kapital läßt die brutale Behandlung, die es ihm angedeihen läßt, nur als eine logische Folge erscheinen. So unentbehrlich für das Unternehmertum die Arbeiter sind, so wertlos, überflüssig und entbehrlich ist ihm jederzeit der einzelne Arbeiter. „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen.“ Diese Aufforderung an die Arbeiter zum Aufgeben ihrer Existenz, ist im Munde brutaler Unternehmer, Fabrikdirektoren, Meister und Werkführer eine ständige Redensart, die den Arbeiter wie ein scharfes Schwert vermundet. Er steht sich immer nur geduldet im Betriebe, seine Beschäftigung ist nur ein Gnadenakt des kapitalistischen „Herrn im Hause“ und seiner Unteroffiziere; seine Existenz schwebt ohne jede Sicherung pölig in der Luft und kann jeden Augenblick zerstört werden. Das Selbstbewußtsein, die Selbstachtung und eigne Wertschätzung des Arbeiters werden durch eine solche Behandlung tief herabgedrückt und vernichtet. Ist diese moralische Wirkung, dieser Erfolg, von den Unternehmern zielbewußt beabsichtigt? Es ist ihnen zuzutrauen. Er tritt aber mindestens als Nebenwirkung des beabsichtigten wirtschaftlichen Erfolgs ein, der in der Einschüchterung und Entmutigung des Arbeiters besteht. Es soll ihm die Lust und die Courage dazu vertrieben werden, wegen der Arbeit, wegen der Maschine und des Werkzeugs, wegen des Lohnes, wegen sonstiger Mißstände und wegen der Behandlung zu reklamieren; er soll sich willenlos und wunschlos mit dem zufriedenen geben, was ist und der Herr anordnet, was ihm die Vorgesetzten befehlen; er soll sich allem fügen und allem unterordnen, was ihm „von oben“ her zugemutet wird.

Schafft der Arbeiter im Akkord, so hat er zu dem Lohn zu arbeiten, der im Bureau dafür festgesetzt wurde, mag er nun dabei selbst mit der größten Anstrengung nur wenig verdienen. Reklamiert er, daß der Akkordlohn zu niedrig ist, so wird ihm rücksichtslos der Stuhl vor die Türe gestellt: „Wenns Ihnen nicht paßt, können Sie gehen!“ Und er hat nun die Wahl, entweder der Aufforderung zu folgen und wirklich zu gehen oder zu bleiben und zu dem schlechten Lohn und tiefgekränkt weiterzuarbeiten.

Dem Unternehmer fällt es ein, den Lohn zu reduzieren, und wieder folgt die Proklamation: „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“

Der Arbeiter fordert umgekehrt eine Lohnerhöhung. Sie wird verweigert mit der gleichzeitigen Einladung: „Wer nicht zufrieden ist und wem's nicht paßt, der kann gehen!“

Aber es wird auch die Arbeiterschaft als Gesamtheit eines Betriebes oder mehrerer Betriebe nicht besser behandelt. In allen den vorstehend angeführten und in noch vielen andern Fällen, wie zum Beispiel in der Frage der Arbeitszeitverfugung, erläßt der Herr im Hause, wenn er die Forderung nicht oder nicht in befriedigendem Maße bewilligen will, an sie alle die Aufforderung: „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ Und sind die so brüskierten Arbeiter damit in der Tat nicht zufrieden, so folgt die Aussperrung, durch die die unzufriedenen Proletarier einfach hinausgeworfen werden.

Diese empörende Behandlung der Arbeiterschaft durch das gewalttätige und größenwahnsinnige Perzentum ist im höchsten Grade gemeinschädlich. Es demoralisiert die Arbeiter, bricht ihnen das moralische Rückgrat und macht sie zu willenlosen Lohnsklaven des Kapitals. Damit ist dann der Tiefstand der Arbeits- und Lohnverhältnisse, sind lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, schlechte Behandlung und Mißstände aller Art verbunden. Dagegen die Arbeiterschaft aufzuregen, sie zur Auflehnung dagegen aufzufordern, ist eine Kulturthat. Und diese verrichtet die Gewerkschaft seit Jahrzehnten und jeden Tag immer wieder aufs neue, und zwar mit Erfolg. Ein großes Stück erfolgreicher Erziehungsarbeit hat die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung am Unternehmertum schon vollbracht, und in manchem Betriebe ist die freche Herausforderung der Arbeiter mit der Aufforderung: „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ zur Seltenheit geworden oder wird gar nicht mehr gehört. So wird die Menschwürde des Arbeiters bewahrt und gehoben und so werden auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse verbessert.

Wie sagt doch Leopold Jakobn:

Du sollst dich nicht treten lassen.
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen.
Du sollst dich nicht ausjaugen lassen.
Du sollst den Sklavenfinn von dir tun.
Du sollst die Knechtlichkeit von dir tun.
Du sollst dich nicht bücken vor einem lebendigen Menschen, denn er ist nicht mehr als du.

Aus dem Röhniger Pflastersteinbruchgebiet.

Daß sich die „Keramiker“ in Röhnitz und Burzen einmisten wollen, haben wir bereits gemeldet. Der Ortspfarrer von Röhnitz tut sein Möglichstes, um die Zentrums-gewerkschaftler zu unterstützen. Wie die Steinarbeiter über den schwarzen Hummel, der unternehmerseitig wärmstens unterstützt wird, denken, zeigen die Massenversammlungen, welche am 5. Juli stattfanden. In Röhnitz referierte Kollege G. Siebold vor einem stark besetzten Hause über das Thema: Die schwarz-gelben Gewerkschaften. Der Vertrauensmann begrüßte den Referenten und sprach seine Freude darüber aus, daß sich Kollege Siebold von dem erlittenen Unfall wieder erholt hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Siebold besprach nun in eingehender Weise das Wesen der gelben Organisationen unter der Leitung des Herrn Gebius. Dann zeichnete er ein scharfes Bild über die christliche Gewerkschaftsbewegung. Er führte einige Lohnkämpfe an, in denen sich die Zentrums-gewerkschaftler geradezu schmelzen benommen hätten. Im hiesigen Gebiet scheinen die „Schwarzen“ direkt unter dem Protektorat einiger Unternehmer zu stehen. — Das Referat wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Die Stimmung unter den Anwesenden war eine vorzügliche. — Die Kollegen, welche in den Steinbrüchen Frauenberg, Zinkenberg und Gauditzberg beschäftigt sind, hielten eine Massenversammlung auf einer Wiese ab. Ueber 300 Kollegen hörten dort mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen des Kollegen Staudinger zu. Es waren ebenfalls einige Bruchmeister anwesend. Dieses gab dem Referenten Veranlassung, die Stellung der Aufseher und Bruchmeister im Produktionsprozeß überhaupt zu schildern. Kollege Bergmann, der unermüdbare Vertrauensmann, verwies darauf, daß unsererseits alles daran zu setzen sei, damit der Verband hochgehalten wird. Vor dem Streik zählten wir hier 260 Mitglieder, jetzt müßten wir über 300. Einige Herren sind dem Kollegen Bergmann sehr übel gesinnt. Aber Bergmann ist Lagerhalter des Konsumvereins und darüber haben unsere Gegner keine Macht.

Diese beiden imposanten Versammlungen zeigten, daß wir hier einen mächtigen Stützpunkt erlangt haben. — Am 7. Juli hielten nun die „Keramiker“ in Röhnitz ebenfalls eine Versammlung ab. Diese war von ungefähr 70 Personen besucht. Die Hälfte davon waren unsere Verbandsmitglieder. Einige Gutbefehler waren ebenfalls erschienen und selbstverständlich auch der Ortspfarrer Müller. Der Herr Kipper als erster Referent wollte sich des Schimpfens enthalten, er hatte sich vorgenommen, nur den Wert der Organisation darzulegen. Aber weit gefehlt; in demselben Augenblick, wo er das gesagt hatte, ging er auch schon zum Schimpfen über unsern Verband über. Er führte „liebtevoll“ aus,

daß es die Führer der roten Organisation zu verantworten hätten, daß so viele Familien umsonst gehungert hätten. (Zuruf: Wir sind gut unterstellt worden; wir haben nicht gehungert!) Herr Küper verglich diesen Streik mit dem im Ruhrgebiet, wo den 1. April Lohnzulagen gewährt wurden, aber den 10. März wurde ganz einfach der Streik noch beschloffen. Er sagte, der Bergarbeiterstreik wäre nur aus Stube zu England beschloffen worden. Gerade das veranlaßte ihn, hier in diesem Bezirk eine Organisation zu gründen, deren Hauptaufgabe es sei, derartige taktische Fehler nicht zu begehen, dadurch könnte auch nur im hiesigen Gebiet etwas erreicht werden. Hierauf trat als zweiter Referent Herr Reichert, Chemnitz, auf. Er brachte nichts Neues vor. Er führte unter anderem aus, daß nur die christlichen Organisationen in der Lage wären, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Nun ging es zur Debatte, in welcher uns das Wort verweigert wurde. Dem Ortsparter war es gestattet, seinen Gefühlen Ausdruck zu geben. Herr Müller führte aus, daß er von ganzem Herzen den Steinarbeitern einen Erfolg wünschte, im Anschluß hieran aber auch gleich betonte, daß er es einem Arbeitgeber nicht verdenken könne, mit nicht christlichen Führern einer Organisation zu verhandeln, und er freute sich, daß sich Leute gefunden haben, die noch anders denken. Die schwarzen Referenten hatten das wollte Zeug geredet, von einer geistigen Beherrschung der wirtschaftlichen Materie haben ja diese Leute keine Ahnung. Sie hatten auf die Anwesenden mit ihren Plattheiten nicht den geringsten Eindruck gemacht. Wenn der Herr Parter meinte, die Arbeitgeber könnten mit einer „unchristlichen“ Organisation nicht verhandeln, so begreifen wir nicht, daß die Kirche von diesen unchristlichen Steinarbeitern sehr hohe Steuern erhebt. Die Kollegen wären hier dem Herrn Parter zu großem Dank verpflichtet, wenn er für die Beilegung der Kirchensteuern eintreten würde. Mit dem Worte „unchristlich“ treiben die Zentrumsgelehrten einen argen Mißbrauch, aber sie haben damit trotzdem kein Glück. Ueberdies, Herr Parter, legen wir Ihnen die Frage vor: Können evangelische Arbeiter einer Zentrumsorganisation beitreten? Wir antworten mit Nein.

Der Papst in Rom und die Bischöfe meinten sich sogar in das deutsche Gewerkschaftswesen hinein. Der Merkantilismus will nun jetzt auch in Mödnitz und Umgebung einen Stützpunkt errichten; dabei sind die Herren Lutzny und Freiherr von Schönberg von Zammenhain sicherlich nicht untätig gewesen. Diese beiden Herren wollen selbstredend, daß im hiesigen Steinbruchgebiet die Zentrumsorganisationen Trumpf werden sollen. Das ist für diese Gegend mit vorwiegend evangelischer Bevölkerung geradezu ein Schand.

Auf den neuesten Erlass des Papstes nun schreibt die „Deutsch-evangelische Korrespondenz“: „Die Lage der protestantischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften ist durch die Entwicklung, die Papst und Bischöfe die maßgebende Entscheidung überläßt, unerträglich und unwürdig geworden. Protestantisches Ehrgefühl muß gegen diese Abhängigkeit evangelischer Volksgenossen vom römischen Merkantilismus Verwahrung einlegen.“

Der Zentrumsführer Küper hat den Steinarbeitern diese Vorgänge natürlich sehr feierlich verschwiegen. Die hiesigen Steinarbeiter haben sicherlich so viel Ehrgefühl, daß sie Herrn Küper und seinen Hintermännern keinen Glauben schenken. Interessant ist es, daß die Christlichen, welche als direkte Schutzhülle der Unternehmer anzusehen sind, hier ohne weiteres Votale erhalten. Nun, wir können ja auch im Freien zusammenkommen. Es ist traurig genug für die Referenten aus dem schwarzen Lager, daß unsere Kollegen Schlegel und Steinger aus Benda in der Debatte das Wort nicht erhielten. Das kennzeichnet den persönlichen Mut jener Herren vorzüglich. Im Königreich Sachsen gehören ca. 8000 Kollegen dem „roten“ Verband an, die Schwarzen haben es in Schirgiswalde (Lausitz) auf etwa drei Duzend Mitglieder gebracht. Und da wollen diese Demagogen die wahren Interessensvertreter der Steinarbeiter sein.

Aus der Schwarzwälder Pflastersteinindustrie.

Der Kampf in den Seebacher Pflastersteinwerken geht unverändert weiter. Der Unternehmer sträubt sich entschieden gegen jede nennenswerte Verbesserung. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, für dieses Jahr mit einer Lohnerhöhung von 1 Pfg. für eine Sorte Pflastersteine vorlieb zu nehmen, im nächsten Jahre soll dann eine weitere Sorte folgen, und in zwei Jahren eine dritte. Mit dieser Staffelung wäre der Unternehmer einverstanden, er will aber in diesem Jahre mit einer Steinsorte beginnen, die nur höchst selten gemacht wird und infolgedessen eine Lohnerhöhung auf dieselbe für die Arbeiter praktisch wertlos ist. Unter sechs Jahren will er den Vertrag überhaupt nicht abschließen. Es ist wohl für jeden einsichtigen Menschen klar, daß die Arbeiter allein schon mit Rücksicht auf diese lange Bindung das Angebot nicht annehmen konnten. Streikbrecher haben sich bisher noch keine gefunden und werden sich jedenfalls auch nicht in die entlegenen Winkel verirren.

Wenn es auch mit dieser Firma zu einem hartnäckigen Kampfe gekommen ist, so muß man doch dem Unternehmer das Zeugnis ausstellen, daß er offen und ohne Verschleiierung seines Unternehmerstandpunktes den Arbeitern gegenübergetreten ist. Es gibt aber auch Firmen, die nicht im geringsten anders denken als die Seebacher Granitwerke, nur haben sie den Mut nicht, das den Arbeitern offen ins Gesicht zu sagen und heucheln scheinheiliger Arbeiterfreundlichkeit, um sich um so sicherer die städtischen Arbeitsaufträge zu ergattern. Man weiß, daß die Stadtverwaltungen meist einigen Wert darauf legen, daß die die Arbeit übernehmenden Firmen auch ihren sozialen Pflichten den Arbeitern gegenüber nachkommen. Der Schein ist leicht erweckt, mit der Durchführung nehmen es solche Firmen nicht so ernst. Zu diesen müssen wir nach den letzten Vorkommnissen die Unternehmer in Lüttschenbach bei Randern zählen. Vor einiger Zeit traten die Arbeiter an die Unternehmer mit dem Verlangen heran, endlich einmal eine bestimmte tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Die Süddeutschen Granitwerke Randern und der Unternehmer Immensberger traten mit der Organisation in Verhandlungen ein. Nur der italienische Unternehmer Cheregetti weigerte sich, und erfolgte die Arbeitsniederlegung aller organisierten Arbeiter bei ihm. Mit den beiden anderen Firmen kam in der ersten Verhandlung eine friedliche Verständigung zustande. Da der vereinbarte Vertrag einige Neuauflagen der ersten Vorlage mit sich brachte, wurde eine Neuauflage des Vertrags hergestellt und den Firmen zur Unterzeichnung vorgelegt. Und siehe da! Beide verweigerten, vermutlich auf stillschweigende Uebereinkunft, die Unterschrift. Besonders ist es der Geschäftsführer der Süddeutschen Granitwerke, der von einer Anerkennung der getroffenen Vereinbarungen nichts wissen wollte. Nach einer Vorstellung durch den Gauleiter stellte er die Unterschrift in sichere Aussicht und verweigerte sie zum Schluß wieder. Ein derartiges Gebaren muß bei jedem anständigen Menschen Verurteilung finden. Wir haben oft schon heiße Auseinandersetzungen mit Unternehmern gehabt, aber sie waren noch immer so ehrlich, daß sie offen herausagten, wenn sie einen Vertrag nicht anerkennen wollten. Arbeiter sind keine Kinder, die

man mit Versprechungen vertröstet. Noch mehr entwürdigend ist aber ein solches Gebaren für die Anwender. Ja, die badische Fabrikinspektion hat mit ihrer Unternehmercharakteristik schon recht, nur daß oft die Größten noch schlimmer sind als die Kleinen. Zuzug von Granitarbeitern nach Lüttschenbach und Randern ist streng fernzuhalten.

Ein neuer Tarifabschluß für 300 Granitarbeiter.

In Kirchenlamitz (Sichtelgebirge) traten vor Jahresfrist die Kollegen an die Unternehmer mit Forderungen heran. Sie waren damals meist noch unorganisiert und wollten als solche den Beweis erbringen, daß auch ohne Verband etwas zu erreichen sei. Der Tarifabschluß in den benachbarten Gebieten, Niederlamitz und Weiskstadt, trug schließlich auch dazu bei, daß die Unternehmer die gestellten Forderungen zum Teil bewilligten; galt es doch, die Arbeiter dem Steinarbeiterverband fernzuhalten. Bald darauf wurden die Arbeiter aber eines Besseren belehrt; bezahlt wurde nicht nach dem abgeschlossenen Tarif, sondern nach Belieben. Alle Reklamationen waren umsonst: „Wir können bezahlen wie wir wollen, der Tarif gilt nichts“, sagte ein Polier D. Nun wurde den Kollegen klar, daß es ohne Verband nicht mehr gehe. Durch geschickte, ruhige Kleinagitation wurde die Zahl der Mitglieder bald auf 270 Mitglieder gebracht. Ein Tarif wurde unter Beisein des Gauleiters ausgearbeitet und im Juni 1912 vorgelegt. Die nicht anders zu erwarten war, erinnerten sich nun die Unternehmer des abgeschlossenen und von dem Polieren als ungültig erklärten Tarifs, und gaben dem Gauleiter zu verstehen, daß sie mit den Arbeitern die Lohnbedingungen bereits geregelt hätten; daß ein Vertrag bestünde, der erst 1914 abläufe.

Wittenmaier machte den Unternehmern nun klar, daß für den Steinarbeiterverband ein Tarif nicht bestünde. Nach kurzen christlichen und mündlichen Plänkchen fügten sich die Unternehmer in das Unvermeidliche und traten in Tarifverhandlungen ein. Schon am ersten Tag kam es zu ersten Differenzen, welche ein Weiterverhandeln unmöglich machten. Auf Antrag des Gauleiters wurde aber noch vereinbart, daß die Unternehmer eine vollkommene Gegenvorlage zu unterbreiten hätten, aus der dann ersichtlich sei, ob überhaupt ein Weiterverhandeln möglich sei. Diefelbe wurde auch zum bestimmten Zeitpunkt unterbreitet und enthielt nun viele Zugeständnisse. Durch weitere Verhandlungen wurde endlich in den übrigen Streitpunkten eine Einigkeit hergestellt und ein friedlicher Abschluß ermöglicht.

Erreicht wurde: Die Einführung eines Schiedsgerichts, die Anerkennung des Verbands und einer Lohnkommission auf den einzelnen Werksplätzen, eine durchgreifende technische und finanzielle Verbesserung der Arbeitslöhne, die Anerkennung eines Glieder- und Pläntentarifs für Bau- und Monumentarbeiten, ferner die Erhöhung der Stundenlöhne.

In einer sehr gut besuchten Versammlung wurde der Vertrag erörtert und volle Befriedigung über das Erreichte ausgesprochen. In äußerst anregenden Worten verwiesen einzelne Diskussionsredner darauf, daß dieser Abschluß nur durch den Zusammenschluß der Kollegen und das tatkräftige Eingreifen des Verbands möglich war. Daß dies der erste Erfolg für die Arbeiter sei, trotzdem sie nur wenige Monate dem Verband angehörten, und nunmehr den gesamten Kollegen die Pflicht obliegt, durch Treue und Ausdauer zum Steinarbeiterverband dafür zu sorgen, daß das Erreichte auch hochgehalten und beim nächsten Abschluß wieder verbessert werden kann.

Hoffentlich bleiben auch die Worte des Gauleiters kein frommer Wunsch und wird nunmehr für eine geregelte Arbeitszeit in allen Betrieben gesorgt und das „Blau machen“ beseitigt. Wird dem stattgegeben, dann werden die Unternehmer eine weitere Vertüzung der Arbeitszeit nicht von der Hand weisen können.

Unsre Kollegen zeigten bei der Bewegung etwas Ungebild, hielten aber sonst gut Ordnung und gaben recht deutlich zu erkennen, daß sie ihr Pulver trocken gelegt hatten, was dazu beigetragen hat, daß die Wiederannahme der Verhandlungen ermöglicht und die Zugeständnisse erreicht wurden. Ein äußerst pflichteifriger und ebenso junger Techniker spielte am Beginn der Verhandlungen den kleinen Scharfmacher. Daß er dann bei den endgültigen Verhandlungen nicht mehr teilnahm, zeigte, wie schnell das Horn stumpf wird, besonders wenn es noch nicht ausgereift ist. Die christlichen Vertreter waren bei den Verhandlungen nicht zur Stelle, was aber kein Erfolg nicht im geringsten beeinflusste.

Aus dem Keramarbeiterverband.

Der „Arbeitervertreter“ Fromm, der in seinem verlegenen Blatte nicht nur die „Noten“ allwöchentlich einmal von der Bildfläche verschwinden läßt, muß jetzt auch den Kampf führen, natürlich für Wahrheit und Recht, gegenüber seinen Christenbrüdern, den Berliner Dacharbeitern. Wenn sich der Pimpernwitzig Fromm mit seiner Berliner „Freunden“ in liebevoller Weise mit dem Dreiflügel — auseinandersetzt, so mischen wir uns da weiter nicht ein. Aber Herr Fromm phantasiert in seinem Blatte über den Ausgang des Wurzner Streiks wieder das Blaue vom Himmel herunter. Es ist bezeichnend, daß im „Steinbruch“, also einem Unternehmerorgan, viel anfänglicher über den Streik berichtet wird als wie im schwarzen Gewerkschaftsblatt. Wenn die Keramiker so einen Kampf wie in Wurzeln zu führen hätten, ihre Klasse würde vollständig bankrott machen, und wenn Herr Rechner, der große Führer, sogar die Verhandlungsentfesseln in den Trödelladen bringen würde. Kein Wort hat Fromm über das arbeiterfeindliche Gebaren der Herren Lutzny und v. Schönberg übrig. Das kommt aber daher, weil Fromm sicherlich weiß, daß die zwei Herren gute Katholiken, wahrheitlich auch Zentrumsmänner sind. — Vier sehen wir wieder, daß die Zentrumsgelehrten sich nicht trauen, gegenüber katholischen Arbeitgeber und Direktoren aufzutreten. — Herr Fromm ist sehr ärgerlich, weil wir in Wurzeln-Grümm kein einziges Mitglied verloren haben. Als die Christlichen seinerzeit den Kampf in Solnhofen abbrechen mußten — sie hatten beim Streik circa 40 000 Mark Schulden gemacht — da traten Hunderte von Mitgliedern aus der Hilfsarbeiterorganisation aus. Die Schwarzen haben eben kein Gesicht, bei Streiks, auch wenn einmal eine Niederlage eintritt, das Vertrauen der Massen zu gewinnen. — Wer soll denn diesen Leuten beispielsweise in der Steinindustrie noch Vertrauen entgegenbringen! In ekelregender Weise schimpfen sie auf die Noten, und auf tariflichem Gebiet erzielen die schwarzen Herrschaften nur recht minimale Erfolge. Wie haben sich denn die Keramiker bei dem Tarifverhandlungen im Raingebiet und Deggendorf benommen? Nein als Statisten sah sie dort, und es war ein Ereignis, wenn einer dieser Herren einmal den Mund aufst. — Wie müssen sich da die Unternehmer freuen, wenn sie es mit solchen „energievollen“ Arbeitervertretern zu tun haben. Die Leute Brendel, Rechner usw. stützen also indirekt durch ihr positives Verhalten bei Verhandlungen die Position der Unternehmer.

Im Bezirk Koblenz tut sich besonders Herr Brendel hervor, um den „roten“ Verband zu bekämpfen. Aber dieser gute Zentrumsmann jammert sehr, daß ihm in seinem Bezirk 571 Mitglieder verloren gingen. Und diesen Rückgang soll Brendel verschuldet haben, weil er einige Zeit bei den Tarifverhandlungen im Bayrischen Wald anwesend war. Allerdings, kein Mensch konnte es verstehen, daß die Zentrumsgelehrten wegen ihren paar Duzend Mitgliedern, die sie im Steinbruchgebiet des Bayrischen Waldes haben, zwei Beamte hinschickten. Die Delegation kostete einen schönen Wagen Geld, und als Brendel und Rechner an Ort und Stelle waren, taten sie in den Sitzungen den Mund kaum auf. Das nennen dann die schwarzen Gewerkschaftler positive Arbeit. — Es ist bezeichnend, daß die Keramiker ihre Quartalsabrechnungen nicht veröffentlichen. Die Herren scheuen anscheinend die Öffentlichkeit, weil sie diese Ab-

rechnungen nicht publizieren. Wahrscheinlich weist die Hauptkasse kaum 35 000 Mark Bestand auf, währenddem der „rote Steinarbeiterverband“ über ein Gesamtvermögen von circa 700 000 Mark verfügt.

Der Buchdruckerkonflikt auf dem Verbandstag der Holzarbeiter.

Die Holzarbeiter hielten vorige Woche in Berlin ihre 9. Generalversammlung ab. Bei dem Punkt Presse kam auch die Stellungnahme der Redaktion zum bekannten Konflikt der Berliner Buchdrucker zur Sprache.

Verbandsvorsitzender Leipart meinte: „Er sähe sich veranlaßt, hinsichtlich der Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ beim Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe seine abweichende Meinung kundzutun. Es habe mit Recht Unwillen erregt, daß Mitglieder des Buchdruckerverbands sich gegen ihren Verbandsvorstand auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ berufen konnten. Jedenfalls wäre es besser, in Zukunft derartige Auslassungen über das Vorgehen befreundeter Organisationen zurückzustellen bis zur Beendigung (!) eines Konflikts.“

Der Redakteur Kayser antwortete darauf: Den Tadel über die Stellungnahme des Verbandsorgans zum Konflikt im Zeitungsgewerbe hält er nicht für berechtigt. — Die Sache habe eine solche Bedeutung für die Öffentlichkeit gewonnen, daß sofort Stellung dazu genommen werden mußte. Daß der Verbandsvorsitzende in dieser Frage anderer Ansicht sei als er, zeige, daß sich die Redaktion ihre Stellung nicht vom Vorstand vorzeichnen lasse. In Angelegenheiten, welche die Verbandspolitik betreffen, herrscht aber zwischen Vorstand und Redaktion volle Einmütigkeit.

So sehr wir den taktischen Weitblick des Genossen Leipart anerkennen, so möchten wir doch betonen, daß er mit seiner Kritik das Unrichtige traf. Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe hatte seinerzeit die Öffentlichkeit in eminenter Weise beschäftigt. Besonders die großen bürgerlichen Zeitungen machten daraus eine Staatsaktion ersten Ranges. Da ist es natürlich Pflicht der Gewerkschaftspresse, zu einem solch wichtigen Vorkommnis sofort ihrer Meinung Ausdruck zu geben. — In der Sache selbst hat nach unserer Empfindung damals die „Holzarbeiter-Zeitung“ mit ihrer Stellungnahme sicherlich nicht ganz das Richtige getroffen, aber das ist ja nicht das Ausschlaggebende. Bemerkenswert ist nur, daß der Gewerkschaftspressen das Recht der sofortigen Stellungnahme zu irgendeiner wichtigen Frage nicht genommen wird.

Es war kein anderer, als wie der verstorbene Genosse Deinhardt, welcher vor Kayser die „Holzarbeiter-Zeitung“ leitete, der gelegentlich einmal meinte, er bedauere, daß in vielen Fällen die Gewerkschaftspressen nicht genügend schlagfertig sei und mit ihrer Stellungnahme oft viel zu lange warte. Deinhardt hatte recht, aber jenen Anspruch tat er vor sieben Jahren; heute ist auch in dieser Hinsicht schon vieles besser geworden.

Die Kruppischen Werke im Zeichen der Jahrhundertfeier.

In diesem Jahre haben es die kapitalistischen Zeitungsschreiber ganz besonders eilig, ihren Teil zum Ruhme des Hauses Krupp in Essen beizutragen, steht doch die Firma unmittelbar vor ihrer sogenannten Jahrhundertfeier, aus der unter Beteiligung „höchster“ und „allerhöchster“ Herren eine nationale Haupt- und Staatsaktion gemacht werden soll. Wer da nicht in den Geruch des Umstürzertums kommen will, muß das seinige an Schweifwedelei und Lobhudelei tun. Und so wird denn sein Preisgesang von der Größe und Macht Krupps und immer nur Krupps durch die ganze staatsbehaltende Presse getragen; Zahlen erstehen da vor den Augen des Lesers, die Schwundank machen, Unternehmertaten, die ein ehrfürchtiges Staunen wecken. Das ist zwar schon vor einigen Monaten ebenfalls geschehen, am Geburtsdatum Alfred Krupps, des Gründers der Firma, wird aber gleichwohl wiederholt, weil gegen den „Geist des Umsturzes“ unter den Arbeitern die Heldengestalt der allein Werte schaffenden Unternehmerpersönlichkeit nicht oft genug ausgeschickt werden kann.

An der Bedeutung der Kruppischen Werke gehen auch wir nicht vorüber, weil an ihnen ganz außerordentlich klar die Riesenmacht vergesellschafteter Arbeit gezeigt werden kann. Nun muß aber auch dem Oberflächlichsten klar werden, welche schreiende Unrecht darin liegt, daß eine 70 000 Köpfe und die doppelte Zahl von Händen umfassende Produktionseinheit den Interessen einer einzigen Familie dienstbar ist. Einer Familie überdies, die heute nicht im geringsten mehr mit dem Riesenbetrieb organisch verbunden ist, deren Glieder feinerlei irgendwie ernst zu nehmende Arbeit in diesem Betriebe leisten. Wenn das Latentum der bürgerlichen Presse diese Tatsachen völlig „vergißt“, so muß von der Arbeiterpresse um so nachdrücklicher darauf hingewiesen werden.

Mit Stolz berichtet der neueste Jahresbericht des Kruppischen Unternehmens, daß am 1. Januar 1912 69 950 Personen in ihm beschäftigt waren, davon allein 37 853 in der riesigen Essener Gußstahlfabrik, die eine große Stadt für sich bildet. Die Gesamtzahl der Arbeiter ist seit dem 1. Mai 1911 um 658 gestiegen. Diese Arbeitermassen erarbeiteten der Firma, die sich bekanntlich als Familien-Aktien-Gesellschaft konstituiert hat, einen Reingewinn von 28 876 193.68 Mt., wovon 18 Millionen als Entbehrungslohn der Familie Krupp von Bohlen-Halbach und etwa 5 1/2 Millionen an geschlichter, „besonderer“ und „außerordentlicher“ Rücklage verwendet wurden. Während 1903, als die Aktiengesellschaft eingerichtet wurde, der Gesamtwert des Unternehmens mit 273 Millionen Mark berechnet wurde, ist er nach dem jetzigen Jahresbericht auf rund 359 Millionen gestiegen, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Firma Krupp unverhältnismäßig hohe Abschreibungen vornimmt. Außer der Gußstahlfabrik in Essen umfaßt die Aktiengesellschaft drei bedeutende Kohlenzechen mit 10 000 Arbeitern und mehr als 2 600 000 Tonnen Jahresförderung, zahlreiche Eisensteingruben in Deutschland und Spanien, 5 Eisenhüttenwerke, darunter die mächtige Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen mit über 6300 Arbeitern, eine Kederei in Rotterdam mit eigenen Seedampfern für den Erztransport, das Grusonwerk in Magdeburg-Buckau mit 427 Arbeitern und die Germania-Werke in Kiel mit 4923 Arbeitern. Dazu kommen noch zahlreiche Beteiligungen und Interessengemeinschaften.

Will man einen Begriff von der Bedeutung der Essener Gußstahlfabriken bekommen, so sei nur darauf hingewiesen, daß sie über 2 Millionen Tonnen Kohlen jährlich verbraucht, daß ihre Dampfmaschinen 96 000, ihre Motoren 62 500 Pferdekrafte ausmachen, daß ihre Gasfabrik unter den deutschen Gaswerken an 16. Stelle steht. Die Fabrik hat 7 Elektrizitätswerke, die über 54 1/2 Millionen Kilowatt liefern, ein Eisenbahnnetz von 150 Kilometern Schienenlänge. Ihre Konsumanstalt hat 169 Verkaufsstellen, Kantinen usw., zwei Schlächtereien, 2 Bäckereien, Mühle, Eisfabrik, Büstenfabrik, Tütenfabrik, Kaffeebrennerei, Schneiderwerkstätten,

Schuhmacherei, Blätkanfstalt — man sieht, Mittelstandsver-
nichtung im großen.

Dieser riesige Mechanismus soll nun nach den Lobhude-
leien der bürgerlichen Presse von einem Menschen, dem 1812
geborenen Alfred Krupp, der bereits mit 14 Jahren nach
dem Tode seines Vaters die Anfänge der Fabrik übernahm,
geschaffen worden sein. Sie hält sich dabei an ein Wort von
ihm selbst, das er in heller Wut über das Erwachen seiner
Arbeiter aussprach, nämlich: „Die Erfindungen und die dazu
gehörenden Produktionen habe ich eingeführt; der Arbeiter
darf aber nicht die Frucht verlangen von der Tätigkeit an-
derer...“ Es steht aber fest, daß Alfred Krupp durchaus
kein Großer im Reiche der Technik war, sein Gebiet war die
Organisation, in der er allerdings Bedeutendes leistete.
Ohne die aufopfernde Tätigkeit seiner „Gesellen“ hätte der
14-jährige Knabe die kleine Schmiede und Schmelzhütte in
Essen keine zwei Wochen halten können; ohne die epoche-
machenden Erfindungen der Bessemer, Thomas, Siemens zc.
konnte niemals die Stahlproduktion seiner Werke auf die er-
reichte Höhe gelangen. Und ohne den ausschlaggebenden
Glücksstand, daß die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik
ungeheure Mengen von Kriegsmaterial verschlang, wäre es
mindestens zweifelhaft, ob nicht die Haniel, Thyssen usw.
Krupp schon eher überflügelt hätten, als sie es möglicher-
weise vollbringen werden. In der Periode der weltpolitischen
Zuckungen, der großen Massenschlächtereien und des all-
gemeinen Rüstungsfiebers mußte natürlich ein Spezialist in
Kriegswaffen Geschäfte machen, und es ist nicht einmal
ein Verdienst Alfred Krupps, just die Idee zu dieser Pro-
duktion gefaßt zu haben, ist doch Essen eine alte Stätte der
Gewehrfabrikation, an der auch Krupps Vorfahren beteiligt
waren.

Was Alfred Krupp neidlos zuerkannt werden kann, ist,
daß er zuerst zum System des gemischten Betriebs überging:
schon 1865 kaufte er zwei Hüttenwerke auf. Er sah wohl ein,
daß damit der Profitsteigerung ein gewaltiger Antrieb ge-
geben wurde. Immerhin sticht er insoweit von der neuen
Generation der „Großen“ im Reiche der Industrie ab, daß
er tatkräftig mitgearbeitet hat. Das aber läßt sich von seinen
Nachfolgern nicht sagen.

Auf dem Sockel eines der Denkmäler Alfred Krupps in
Essen steht der Spruch: „Der Zweck der Arbeit soll das Ge-
meinwohl sein.“ Von fernlichen Lobrednern wird dieses Wort
auf das Verhältnis der Firma Krupp zu ihren Arbeitern
bezogen und für heute noch in Gültigkeit befindlich erklärt.
Das ist nun einfach Irreführung der Öffentlichkeit und
Spekulation auf die Kritiklosigkeit des bürgerlichen Lesepu-
blikums. Man vergegenwärtige sich, daß die heutige Fa-
mille Krupp an einem einzigen Tage 60 000 Mk. „verdient“,
in einer einzigen Stunde — die Zwölfstundenschicht der
Kruppschen Feuerarbeiter zugrunde gelegt! — 5000 Mk. Der
Tagesverdienst eines Kruppschen Arbeiters beträgt im Durch-
schnitt nach der neuesten Veröffentlichung 5.59 Mk., ganze
8 Pfg. mehr als im Jahre vorher, und alle Ueberstunden-
und Akkordschusterei eingerechnet, macht im Jahre noch
längst keine 1700 Mk., genau 1677 Mk. Stellt dieser auf-
reizende Gegensatz das Prinzip des Gemeinwohls dar? In
den acht Jahren seit 1903/04 hat Frau Berta Krupp 124
Millionen Mark Dividende bezogen; welches „Naturrecht“
gibt ihr die „Arbeitskraft“ darauf? In Gegensatz dazu
stellen wir eine kurze Tabelle mit den Durchschnittslöhnen
der Arbeiter seit 1900:

1900: 4.78 Mk.	1908: 5.35 Mk.
1902: 4.52 "	1909: 5.44 "
1904: 4.88 "	1910: 5.51 "
1906: 5.35 "	1911: 5.59 "

Nun erwäge man die immense Lebensmittelsteigerung seit
diesen 10 Jahren, namentlich aber im letzten Jahre, das den
Kruppschen Arbeitern ganze 8 Pfg. „Löhnerhöhung“ pro Tag
gebracht, wofür wahrscheinlich die Intensität der Arbeit um
das Mehrfache gesteigert werden mußte. Dazu kommt, daß
bis in die letzte Zeit hinein Akkordbuzüge stattgefunden
haben, die viel Erbitterung erzeugten. Ist da der Zweck der
Kruppschen Arbeit wirklich das Gemeinwohl? — Es gibt
im Kruppschen Betriebe zahlreiche Arbeiter, die nicht einmal
den ortsüblichen Tagelohn verdienen, im Magdeburger
Grußenerwerk steht der Anfangslohn für Vollarbeiter auf 32
Pfennige die Stunde! Da zahlt die Konkurrenzfirma Er-
hardt in Düsseldorf denn doch bessere Löhne!

Und weiter sei bemerkt, daß in den Kruppschen Feuer-
betrieben noch immer die menschenmordende Zwölf-
stundenschicht herrscht. Die Zahl der Unfälle und
Krankheitsfälle ist eine erschreckend große. Auf 100
Mitglieder der Kruppschen Krankenkasse entfallen im Jahre
64,78 Krankheitsfälle. Allein in der Gußstahlfabrik ereig-
neten sich 1911 nicht weniger als 5304 Betriebsunfälle, die zum
Krankfeiern zwangen. Angesichts solcher Ziffern komme man
nicht mit den sogenannten Wohlfahrtsanstalten. Wenn
einer bei ihnen „wohl fährt“, so ist es der Unternehmer, wie
übrigens außer der Arbeitgeberzeitung selbst Herr v. Beth-
mann-Hollweg anerkannt hat. Mit all der sogenannten
Wohlfahrt ist der gar nicht zu unterschätzende Vorteil eines
festen Arbeiterstammes verbunden. Daneben auch noch aller-
lei andre gute Dinge. Die Kruppsche Pensionskasse z. B. ist
in ihrer Organisation von bedeutenden Gelehrten als wider
die guten Sitten verstoßend bezeichnet worden. Der Ar-
beiter, der 20 Jahre im Betriebe arbeitet und irgendwelcher
Ursache wegen auf das Pflaster geworfen wird, erhält keinen
Pfennig der Beiträge zurück. Alle diese Einrichtungen und
Kassen stehen unter absoluter Kontrolle der Firma, die Ar-
beiter zahlen, haben aber nichts dreinzureden. Eine An-
erkennung der Organisation, Beachtung der Tarife durch die
Verwaltung gibt es nicht. Die Arbeiter sind Heloten und
sollen es bleiben, und wo sie nicht gutwillig damit einver-
standen sind, sollen sie durch das von der Firma erzeugte
„gelbe Fieber“ dazu genötigt werden. Aber trotz allem und
allem steigt der „Geist der Unzufriedenheit“ unter den
Kruppschen Arbeitern unaufhaltsam. Ihn zu bannen, ist
lehten Endes der neuerdings bei der Firma beliebte Messio-
rismus und Reservelutnantentum am wenigsten geeignet.

Mit dem Wald von Schloten des Fabrikungsheuers in
Essen steigt ein wirkliches modernes Wunder vor uns auf,
das eine Summe von Arbeit und Energie in sich verkörpert,
die mit Bewunderung erfüllen muß. Wer beim oberfläch-
lichen Staunen über das industrielle Gigantentum stehen
bleibt, dem verschließen sich Probleme und Zukunftshoffnun-
gen von höchstem Gehalt. Er bleibt unberührt von dem
Ringeln und Mühlen der Millionen denkender Wesen, die der
Gesamtheit nutzbar machen wollen, was heute dem einzelnen
zur zweifachen Steigerung überwiegiger Lebensgenüsse dient.

Die moderne Arbeiterbewegung wird freilich dafür sorgen,
daß solcher geistig Blinden immer weniger werden. Das
Haus Krupp feiert 100 Jahre der Vergangenheit, die Zu-
kunft aber gehört dem klassenbewußten, freiheitsbegeisterten
Proletariat.

Gewerkschaften als „politische“ Bereine.

Vor einiger Zeit ging durch die Parteipresse eine Notiz des
Inhalts, daß das Schöffengericht zu Wollstein den Zweigverein
Rothenburg an der Odra des Bauarbeiterverbandes als politischen
Bereine erklärt habe, weil in dem von ihm benutzten Vereinslokal
auch sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden und Leute,
die im Vereinslokal verkehrten, sehr für die sozialdemokratische
Partei agitiert hätten. Als weiterer „Grund“ wurde angeführt,
ein Mitglied des Zweigvereinsvorstandes habe einmal eine öffent-
liche politische Versammlung angemeldet, in der wirtschaftliche
Probleme vom sozialdemokratischen Standpunkt aus behandelt
worden seien, ferner habe ein Zimmermann die Anwesenden auf-
gefordert, ein sozialdemokratisches Blatt zu halten. Im Vereins-
lokal habe ein Plakat mit der Aufschrift: „Aufruf für die Wai-
seier“ gehangen usw. Man mußte es für eine bare Unmöglichkeit
halten, daß sich eine höhere Instanz auf die eingelegte Berufung
dem Urteil des Schöffengerichts anschließen könnte. Aber inzwischen
ist das scheinbar Unmögliche zur Tatsache geworden: Am 24. Mai
hat sich die Strafkammer beim Amtsgericht Wollstein i. P. dem
Urteil des Schöffengerichts in allen wesentlichen Punkten an-
geschlossen, ja, das Urteil der Strafkammer ist fast noch selbstamer
und weltfremder als das der Vorinstanz.

Als „Gründe“, weshalb der Zweigverein Rothenburg des Bau-
arbeiterverbandes ein politischer Vereine sein soll, gibt es folgendes
an: Der Vereine sei von dem Gauleiter Wende, einem überzeugten
Anhänger der Sozialdemokratie gegründet worden, und zwar zu
einer Zeit, als die Reichstagswahlen vor der Tür standen. Der
Vereine werde von einem Sozialdemokraten geleitet. Er tage in
Räumlichkeiten, die von zwei ausgesprochenen Sozialdemokraten
gemietet seien. In diesen Räumlichkeiten hätten wiederholt öffent-
liche sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden, an denen
die Vorstandsmitglieder und der größere Teil der Vereinsmitglieder
teilgenommen hätten. Im Versammlungslokal habe eine gedruckte
Aufforderung zur Teilnahme an der Waiseier ausgegangen. An
einer Versammlung habe ein Zimmerer, der sich in den öffentlichen
Versammlungen wiederholt als sozialdemokratischer Redner hervor-
getan habe, teilgenommen und Anträge gestellt. Bei der letzten
Reichstagswahl seien „im Vergleich zu früheren Wahlen auffallend
viel sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden“, was beweise,
daß mindestens die Mehrzahl der Vereinsmitglieder mit dem Vor-
sitzenden und seiner sozialdemokratischen Betätigung einverstanden
sei. Der Gauvorsitzende Wende habe gesagt, das Ergebnis der
letzten Reichstagswahl habe gezeigt, daß in Rothenburg Sinn für
Organisation sei. Der Vorsitzende habe auch einmal eine öffent-
liche politische Versammlung geleitet, die mit regelrechten Agitations-
reden für die sozialdemokratische Partei und mit einem Hoch auf
diese beendet habe. Alles das beweise, daß der Zweigverein von
vornherein mit dem Nebenweg gegründet worden sei, „eine mög-
lichst große Anzahl der in Rothenburg lebenden Bauarbeiter durch
tendenzlose Reden und Besprechungen untereinander als Anhänger
der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen und zu sozialdemo-
kratischer Betätigung bei Parlamentswahlen und bei anderen Ge-
legenheiten zu bestimmen“.

So das Urteil der Strafkammer. Man kann das ganze Urteil
und seine Begründung mit der Lupe durchsuchen — man wird nicht
eine einzige Tatsache finden, aus der auch nur im entferntesten zu
schließen ist, daß sich der Zweigverein Rothenburg des Bauarbeiter-
verbandes politisch betätigt hat. Daß er auf Veranlassung eines
Sozialdemokraten gegründet wurde, daß ein Sozialdemokrat sein
Vorsitzender ist, daß er in einem Lokal tagt, das auch die Sozial-
demokratie für ihre Versammlungen erhält, daß in dem Lokal ein
Plakat ausgehängt und daß ein Teil der Vereinsmitglieder
sozialdemokratische Versammlungen besucht, daß der Vorsitzende des
Vereins als Privatperson einmal eine öffentliche politische Ver-
sammlung geleitet und daß bei der letzten Reichstagswahl mehr
sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind als früher —
das hält die Strafkammer in Wollstein für ausreichend, um eine
Gewerkschaftsorganisation zu einem politischen Vereine zu stempeln.
Das Unternehmertum kann sich vergnügen ins Fröhliche lachen, es
hat in der deutschen Justiz wirklich unbezahlbare Helfer.

Ein anderer Fall: Der Zweigverein Dresden des Bauarbeiter-
verbandes war von zwei Instanzen, dem Schöffengericht und dem
Landgericht Dresden für politisch erklärt worden, weil eine Zahl-
stelle des Vereins für den Wahlfonds der sozialdemokratischen
Partei 1000 Mk. bewilligt hatte. Die Zahlstelle hatte zu diesem
Beschluss kein Recht; denn ein kleiner Teil des Zweigvereins kann
nicht über dessen Kasse verfügen. Der Vereinsvorstand erhob so-
fort gegen den Beschluss Einspruch und von der nächsten Zweig-
vereinsversammlung wurde der Beschluss der Zahlstellenversammlung
aufgehoben, sodas das Geld dem sozialdemokratischen Wahlfonds
nicht zufloß. Trotzdem erfolgte in beiden Instanzen die Verur-
teilung. Vor Gericht wurde gegen den Vereine noch geltend ge-
macht, vom Vereinsvorstande werde das Vereinsorgan, der
Grundstein, verbreitet, und von den Mitgliedern werde es gelesen.
Im Grundstein würden aber sozialdemokratische Tendenzen ver-
treten; der Leiter und der Herausgeber des Blattes sowie der
Vorsitzende des Dresdener Zweigvereins verfolgten ebenfalls sozial-
demokratische Tendenzen. Die Haltung des Verbandsorgans laufe
auf eine Unterstützung der Sozialdemokratie hinaus. — Am 26. Juni
hatte sich der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts als
Revisionsinstanz zu beschließen. Gegen das Urteil wurde geltend
gemacht, der Zweigverein Dresden sei nicht in dem Maße selbständig,
wie die Vorinstanzen angenommen haben, er sei an das Statut
des Gesamtverbandes gebunden. Beschlüsse, die gegen das Statut
verstoßen, seien nichtig. Dem Beschluss, die 1000 Mk. abzuführen,
habe von den acht Zahlstellen des Vereins nur eine gefaßt. Da-
durch, daß der Zweigverein diesen Beschluss bei der ersten Gelegen-
heit aufgehoben habe, habe er bewiesen, daß er mit dem Vorhaben
der Zahlstelle nicht einverstanden war und daß er kein politischer
Vereine sein wolle. Auf die Schreibweise des Verbandsorgans
habe der Zweigverein keinen Einfluß. Dem Zweigverein wie dem
Gesamtverband gehörten Mitglieder aller politischen Parteien
an usw.

Die Revisionsinstanz war allen diesen Gründen nicht zugänglich.
Sie stellt sich auf den Standpunkt der Vorinstanzen und wies die
Revision kostenpflichtig ab. Der Zweigverein sei ein selbständiger
Vereine; er sei auch ein politischer Vereine; denn er verfolge neben
den gewerkschaftlichen Tendenzen auch solche allgemeine politischer
Natur. Das beweise der Beschluss der einen Zahlstelle, dem Wahl-
fonds der sozialdemokratischen Partei 1000 Mk. zuzuführen sowie
die Haltung des Verbandsorgans. Ein Rechtsirrtum in den Fest-
stellungen der Vorinstanz sei nicht zu erkennen.

Auf diese Weise werden also die Gewerkschaften, allen gegen-
seitigen Verpflückungen des Reichstagsorgans zum Trotz, mit Hilfe
des neuen „liberalen“ Vereinesgesetzes aus den niedrigsten Ursachen
schikaniert und franguliert. Die Gewerkschaften müssen, wenn sie
die Interessen der Berufsangehörigen energisch vertreten wollen,
alle Berufsangehörigen umfassen. Dadurch, daß man sie zu poli-
tischen Vereinen stempelt, stellt man sie unter Polizeiaufsicht und
macht den Berufsangehörigen unter 18 Jahren die Organisation
und den Besuch der Versammlungen unmöglich. Den Unternehmern
organisationen aber gewährt man jede nur erdenkliche Freiheit.
Das ist das „gleiche Recht“ im Klassenstaat!

Steinschreibungen.

Folgende Steinschreibungen sind zu vergeben:
Oberbürgermeister in Elberfeld. Für den Neubau der
höheren Handelsschule die Granit- und Marmorarbeiten.

Magistrat in Erfurt. Steinmetzarbeiten zu den Erweite-
rungsarbeiten des städtischen Krankenhauses, event. losweise getrennt.
Magistrat in Spandau. Umbau der Potsdamer Torbrücke
im Zuge der Potsdamer Straße in Spandau einschl. Material-
lieferung.

Kgl. Straßen- und Wasserbauamt in Auerbach i. B. Biefe-
rung von rund 3200 Quadratmeter Kleinfestplatten und 250
laufende Meter Handsteinen frei Bahnhof Klingenthal.

Großherzogl. Bahnbauinspektion II in Karlsruhe. Für
den Bahnhofsgebäude und einen Aufzugsstuhl im neuen Bahn-
hof Karlsruhe: Lieferung von 128 Kubikmeter Sandsteinquadern und
54 Kubikmeter Granitquadern.

Militärbauamt I in Mainz-Kastel. Für den Neubau des
Belleidsamtes XVIII. Armeekorps in Mainz-Kastel: Steinmetz-
arbeiten, Basaltlava und gelber Sandstein, je in einem Lose.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt II in Aachen. Los 2: Stein-
metzarbeiten für ein Betriebsamtsgebäude in Malmédy.

Stadtbauamt in Hliligs. Zum Neubau des städtischen Dy-
zeums (Objekt 237 000 Mk.). Los 3: Sockelsteinerung, Los 8:
Treppeinstufen, Los 9: Sandsteinlieferung.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt III in Frankfurt a. M. Biefe-
rungen für die Verlängerung Freiladestraße am Gleis 140 und die
Neupflasterung der Zufuhrstraße vor dem Gütergruppen auf dem
Hauptbahnhof Frankfurt a. M. Los 1: 1900 Tonnen Pflaster-
steine einschließlich Bordsteine, 1200 Tonnen Schottersteine (Splitt)
und 800 Tonnen Pflasterand.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung 3 in Breslau III. 1400 Ton-
nen Granitpflastersteine 4. Klasse.

Landesbauamt in Aachen-Süd, Nizza-Allee 87. 160 Qua-
dratmeter Innenpflastersteine aus Lava frei Bahnhof Detmbach
(Eifel), 320 Quadratmeter Innenpflastersteine aus Lava frei Bahn-
hof Stolberg S., 350 Quadratmeter Innenpflastersteine aus Lava
frei Bahnhof Nideggen.

Landesbauamt in Aachen-Süd, Nizza-Allee 87. 3000
Quadratmeter Kleinfestplatten aus Basalt frei Bahnhof Mal-
medy, 1200 lfd. Meter Bordsteine aus Hartgestein frei Bahnhof
Malmédy.

Magistrat in Schleuditz. Steinmetzarbeiten zum Neubau
des Rathauses.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung in Schneidemühl. Lieferung
von Pflastersteinen für die Bahnhöfe Kibbowtal, Ufsh, Mikoslaw,
Jablono, Kruschewo, Garben, Romanhof und Sagen der Neu-
baufreie Schneidemühl — Czarnikau (Sorag).

Städt. Hochbauamt in Kiel. Los 2: Steinmetzarbeiten zum
Neubau des Monumentalbrunnens auf dem Neumarkt.

Finanzdeputation in Hamburg. 3000 Tonnen Schuttsteine
zu den Strom- und Uferbauten im Amt Nidebüttel.

Städt. Tiefbauamt in Leipzig. Anfertigung und Anliefe-
rung von Granitabdeckplatten und Granitfußwegplatten für die
Ueberführung der Kaiserin-Augusta-Straße über die Leipzig-Hofer
Verbindungsbahn.

Kgl. sächs. Eisenbahnbauamt für die Bahnhofsbauten in Leip-
zig. Granitarbeiten für weitere Bahnsteiganlagen auf Hauptbahn-
hof Leipzig (3416 lfd. Meter Granitbord und 263 lfd. Meter Tre-
ppenstufen).

Finanzdeputation in Hamburg. Lieferung von 3500 Kubik-
meter Kleinfestplatten für das Ingenieurwesen der Baudeputa-
tion, davon 185 Kubikmeter nach Ingelheim.

Pfostbauamt in Friedberg, Hessen. Steinmetzarbeiten
(Basaltlava und gelber Sandstein) zum Pfosthausneubau in Fried-
berg.

Tiefbaudeputation in Templin. Los 2: Lieferung von
Reihen- und Bordsteinen zur Pflasterung von Straßenteilen.

Baubirection im Kgl. Ministerium des Innern in Dresden.
Steinmetzarbeiten den Erweiterungsbau des Kusthallgebäudes
in der Kgl. Landesanstalt Chemnitz-Altenhof.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung II in Frankfurt a. M.,
Panauer Landstraße 59. Lieferung von 2500 lfd. Meter Hand-
steinen für die Bahnsteige auf Bahnhof Frankfurt (Main)-Süd und
Basaltlava.

Stadtbauamt in Berlin O. 17, Straßauer Allee 20a.
Für nachstehende Neubauten des Osthafens in Berlin (in der Nähe
der Oberbaum-Brücke). Lieferung und Ausführung von Werk-
steinarbeiten. Los A: Kantinegebäude (ca. 60 Kubikmeter grünl.
Granit und ca. 42 Kubikmeter Muschelkalk). Los B: Verwal-
tungsgebäude (ca. 75 Kubikmeter grünl. Granit und ca. 36 Kubik-
meter Muschelkalk). Los C: Umfassungsmauer nebst 3 Pfortner-
häuschen (ca. 115 Kubikmeter Tuuff, Sandstein oder Muschelkalk
und ca. 8 Kubikmeter Granit). Andre Materialien als die vor-
genannten werden nicht verwendet.

Rundschau.

Eine Submissionsblüte, die schwer zu überbieten sein wird,
konnte das Eisenbahnbetriebsamt Regnitz verzeichnen. Für die
Fortschaffung von 80 000 Kubikmetern Erde zur Herstellung eines
neuen Bahndammes lautete die im Submissionswege ergangene
höchste Forderung auf 192 778, die niedrigste auf 46 146 Mark. Da
in diesem Fall die Güte der Leistung kaum in Betracht kommt, so
begreift man den Preisunterschied nicht, der bei dem höchsten An-
gebot gerade das Vierfache des niedrigsten darstellt.

612 581 Mark Streikentschädigung. Der Deutsche Industrie-
schutzverband in Dresden — eine Streikversicherung, die vom Ver-
bande sächsischer Industrieller 1906 gegründet wurde — veröffent-
lichte ein Resumé-Zirkular, in dem er sich bemittelt, die Konkur-
renten: die Streikversicherung des Vereins Deutscher Arbeitgeber-
verbände und die Streikversicherung des Arbeitgeberverbandes
Unterelbe — nach Kräften schlecht zu machen. Uns berührt dieser
Konkurrenzkampf natürlich nicht weiter, man erfährt nur aus dem
Zirkular, wie es eigentlich mit der Streikentschädigung der Unter-
nehmer bestellt ist. Der Industrieschutzverband erzählt in dem er-
wähnten Zirkular:

„Der Deutsche Industrieschutzverband entschädigte dieangemel-
deten 393 088 ausgefallenen Mann Tage mit 261 312 Mark, demnach
durch Streik oder Ausperrung ausgefallenen Mann Tag mit
durchschnittlich 66,5 Pfg. Die Entschädigungsgesellschaft des Ver-
eines deutscher Arbeitgeberverbände brachte für 1 596 924 entschädi-
gungsberechtigte Mann Tage die Summe von 252 879 Mark zur Aus-
zahlung, so daß auf den Mann Tag im Durchschnitt nur 15,8 Pfg.
Entschädigung entfielen. Die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes
Unterelbe hatte für 411 596 ausgefallene Mann Tage eine Ent-
schädigungssumme von 98 390 Mark zur Verfügung, konnte demnach
den Mann Tag mit nur 23,8 Pfg. durchschnittlich entschädigen.“

Die Streikentschädigungsvereine der Unternehmer umfassen
einen guten Teil der Industrie; dem sächsischen Vereine gehören
3360 Betriebe mit 268 000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme
von 200 Millionen Mark, der Unterelbevereine des Vereines Deut-
scher Arbeitgeberverbände 13 Gesellschaften mit 303 000 Arbeitern
und 370 Millionen Mark Jahreslohn an. Wenn die Streikversiche-
rungen trotzdem nicht mehr als zirka 1/2 Million Mark Entschädi-
gung zahlen konnten, dürften sie nicht allzu gefährlich werden. Be-
merkt sei, daß die Granitindustriellen in Sachsen größtenteils diesem
Industrieschutzverband angehören.

Internationales. Aus Kopenhagen schreibt man uns: Der von
uns am 8. Juni erklärte Streik ist nach zweiwöchiger Dauer mit
einem Erfolg beendet. Die Stundenlöhne sind um je 2 Dere erhöht,
die Akkordpreise um 5—10 Prozent. Die Maschinenfleischer, die bis-
her keinen Tarif hatten, sind nun ebenfalls inbegriffen, deren Löhne
sind um 25 Prozent aufgebessert. Alle Kollegen sind von dem
Rekultat zufriedengestellt. Ferner lag hier eine Anpreisung vom
Hamburger „Streikbrecher-Bureau“ (Zuh. Karl Blankenburg) vor.
Doch konnte diese Gesellschaft hierbei absolut keine Geschäfte machen.
Die Unternehmer verzichteten auf diese sonderbare Mittelfe.
Karl Meisten, Odman.

Eine mißglückte Staatsaktion.

Das neue „liberale“ Reichsgesetz gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sollte auch in Schlesien nach dem Muster der sächsischen Polizei seine Anwendbarkeit im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung beweisen, denn vor einigen Monaten erhielten sämtliche Vorstände der freien Gewerkschaften in Sagan in Schlesien einen Polizeiverwaltungsbescheid:

Die Polizeiverwaltung.

Nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts sind die Zahlstellen der freien Gewerkschaften als „politische Vereine“ anzusehen.

Auf Grund der §§ 3 Abs. 2, 3, 18 Abs. 1 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 werden Sie daher hiermit aufgefordert, binnen zwei Wochen:

1. Die Sitzungen sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes nach Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung hierher einzureichen.

2. Jede Aenderung der Sitzungen sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen der gleichen Frist nach Eintritt der Aenderung anzuzeigen. Gleichzeitig wird der Vorstand auf die Bestimmungen der §§ 17, 18 Abs. 5 des Gesetzes a. a. O. noch besonders aufmerksam gemacht, nach denen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglied von politischen Vereinen sein dürfen, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein dürfen.

Selbstverständlich ließen die Vorstände die polizeiliche Aufforderung unbeachtet und verweigerten auch bei den nun folgenden polizeilichen Vernehmungen jede Aussage. Darauf wurde ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet und Verhandlung für den Monstervertrag auf den 12. Juli angesetzt. Am 8. Juli aber, vier Tage vor dem Prozeß, erhielten plötzlich die Delinquenten die Mitteilung, daß das ganze Verfahren eingestellt sei. Sang- und Klanglos ging die Staatsaktion zu Ende. Der moderne Polizei-Machthaber hat also den Kampf mit dem Hektor nur angefangen, nicht aber gewagt, ihn auch auszufechten.

Risiko der Arbeit. Im Weichischen Steinbruch zu Weiden (Oberpfalz) verunglückten zwei Arbeiter. Dem einen wurde ein Arm abgerissen, der andre am Kopf und Rücken erheblich verletzt.

Ein offenes Geständnis. Bei einem staats- und rechtswissenschaftlichen Fortbildungskursus, der vor kurzem in Jena stattfand, an dem aber, infolge des 10 Mark betragenden Honorars, nur Juristen und Verwaltungsbeamte teilnehmen konnten, wurde ein für die Arbeiterbewegung wichtiges Geständnis in bezug auf die freien Gewerkschaften abgegeben. Und nicht etwa, daß ein Laie diese Frage behandelte; es war der Syndikus des Verbandes Thüringer Industrieller Dr. Stapff aus Weimar, der in einem Vortrage über die thüringische Industrie auf die Arbeiterverhältnisse zu sprechen kam und über die freien Gewerkschaften folgendes Urteil abgab:

„Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle. Und man muß es den Führern der freien Gewerkschaften lassen, sie verstehen mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten und — das weiß ich aus eigener Erfahrung — sie nehmen bei den Verhandlungen auch Rücksicht auf die jeweils herrschende wirtschaftliche Lage in den in Frage kommenden Berufsgruppen und zeigen sich in der Regel auch als tüchtige Kenner derselben.“

Was der Syndikus Dr. Stapff sagt, ist ja allgemein bekannt; aber in einer Zeit, in der ein großer Verleumdungsdelug über die freien Gewerkschaften ins Werk gesetzt wird, ist es doppelt angebracht, dieses Urteil in weiteste Kreise zu tragen.

Hoffentlich nehmen auch die Steinindustriellen von dieser Äußerung gebührend Notiz.

Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz.** Von J. Belli. Preis für das gebundene Exemplar 1 Mk.

Die jetzt zu einem Buche zusammengefaßten Feuilletons sind vor einiger Zeit in einem Teil der Parteipresse abgedruckt worden. An den Verfasser wurde von verschiedenen Seiten das Ersuchen gestellt, das Ganze als Buch herauszugeben, dem er hiermit nachkommt. Er glaubte jedoch, daß eine kurze Einleitung mit Erinnerungen aus seinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren dem Buche vorangestellt werden müsse, da es für die junge Generation der Arbeiter nicht ganz ohne Nutzen und Interesse sein dürfte, zu erfahren, wie sich der Werdegang des Arbeiters und Handwerkers der alten Schule im allgemeinen gestaltete. Er hofft, daß auch die vorliegende Ausgabe noch recht viele Leser finden werde.

Kollegen! Seid unausgesezt tätig für Eure Organisation!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus dem Verbands wurden ausgeschlossen: In Straßburg (Elsas): Michael Diez, Michael Panter und Johann Hinkel wegen Streibuch in St. Margarethen. — In Wenig-Radwitz: der Steinmetz Grau. Durch sein renitentes Benehmen schädigte er das Ansehen des Verbandes ungemein.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Heilbronn. Seit 1. Juli befindet sich das Verkehrslokal nebst Herberge der Steinarbeiter im Gasthof zum Ritter, Frankfurter Str. Ober-Weilau (Schlesien). Ich ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Kollegen Kurt Freiberger aus Ober-Weilau zukommen zu lassen. Joseph Gläsel, Gnadensreit 1. Seuffen. Die Steinmetzen Eduard Brecht und Anton Jembsch sind von hier abgereist und haben ihre Bücher in größter Unordnung liegen lassen. Chr. Frank, Kassierer.

Vangensalza. Die Ortsverwaltungen wollen mir den Aufenthaltsort des Steinmetzen Joseph Karg aus Gebrazhofen, geb. d. 3. 8. 1886, bekanntgeben. J. Sittig.

Aue (Erzgeb.). Kollegen, die hier in Arbeit zu treten gedenken, haben sich zuvor bei der Ortsverwaltung über Lohn- und Arbeitsbedingungen schriftlich zu erkundigen, um sich vor Unannehmlichkeiten zu schützen. Die Ortsverwaltung.

Dortmund. Wir warnen die Kollegen bei dem Austausch des Steinmetzen Anton Panholzer aus Ober-Deister. Wir empfehlen, Vorsicht walten zu lassen. Die Ortsverwaltung.

Eberfeld. Der Steinmetz Joseph Kneup hat hier seine Verbandspapiere liegen lassen. Die Ortsverwaltung.

Kottenbauer (Unterfranken). Der Kollege Siebenmann wird gebeten, seine Adresse einzusenden. Die Ortsverwaltung.

Spaned. Die hier zureisenden Kollegen mögen sich gleich nach ihrer Ankunft bei der Ortsverwaltung melden. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Aenderungen.

Idenburg. Kass.: Johannsen Walter, Osternburg bei Idenburg, Kloppenburger Straße 49.

Neuenstein. Kass.: Friedrich Wieland, Steinweg, Hintere Str. Neustadt a. d.ardt. Kass.: Aug. Rünzler, Mittelgasse 22.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 24. Juni bis mit 6. Juli 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Aue, B. 889.60, E. 15.50, K. 23.—, M. 1.—. Köln I, B. 650.—, K. 10.—. Ehringsdorf B. 105.—, K. 5.—. Hamburg II, B. 1000.—, Hauswalde, B. 233.54, E. 2.—, K. 2.90, M. 0.30. Kirchenlamitz, B. 366.—. Königsbrunn, B. 314, K. 2.—. München, B. 400.—. Nebra, B. 23.10, K. 1.90. Frier, B. 200.—. Garg, B. 10.—. Leobschütz, B. 2.10. Rotenburg, B. 3.20. Fungen, B. 2.90. Altenburg, B. 3.50. Ronitz, B. 4.—. Dtrand, B. 4.80. Altwasser, B. 36.50. Arnstadt, B. 3.—. Trebnitz, B. 4.—. Flatow, B. 4.80. Warburg, B. 5.—. Nienburg, B. 12.60. Dresden, Ins. 9.—. Rotenburg, Ins. 2.40. Alstedt, B. 2.90. Zeer, B. 7.—. Freiburg i. Bad., B. 68.25, E. 10.—, K. 20.—. Grünfeld, B. 250.—, K. 50.—, M. 1.75. Jannowitz, B. 168.—, K. 10.—. Zittling, B. 60.—, E. 10.—. Witten, B. 25.—. Sommer- und Winterhausen, B. 236.—, K. 10.—. Hardheim, B. 25.—. Allendorf, div. 6.25. Trebnitz, B. 3.—. Sadersleben, B. 7.80. Stehnsdorf, B. 4.20. Peine, B. 1.10. Burg, B. 8.40. Aunkirchen, B. 218.20, K. 2.45. Weicha, B. 840.—. Wittweida, B. 650.—. Naumburg, B. 96.—, E. 2.—, K. 7.—. Plauen, B. 31.50. Weichselburg, B. 42.—, K. 0.75. Leipzig, B. 7.20. Haspe, B. 4.80. Silmersdorf, B. 5.—. Sübbede, B. 4.60. Rabendorf, B. 2.50. Fürstenberg, B. 2.30. Siederode, K. 2.60. Schweinfurt, B. 3.—. Storkow, B. 4.60. Marzahn, B. 4.80. Kempton, B. 6.50. Steinwiejen, B. 10.—. D. F., B. 12.70. Briix, Ab. 1.20. Seuffen, B. 446.—, E. 1.50, K. 28.40. Regensburg, B. 75.60, E. 3.50, K. 4.—, M. 0.90. Rainz, B. 250.—, E. 5.—, K. 40.—. Miltenberg, B. 42.—, K. 10.—. Güneburg, B. 22.50. Vangensalza, B. 250.—. Gernsbach, B. 242.—, E. 5.—, K. 10.50. Hamburg I, B. 750.—, E. 5.—, K. 49.75, M. 4.50. Fridehshausen, B. 308.—, E. 5.—, K. 10.—, M. 1.65. Edartshausen, B. 31.28, E. 1.—, K. 0.70. Erfurt, B. 150.—, K. 2.25. Ebershausen, B. 170.—. Arnstadt, B. 75.—, E. 0.75, K. 2.50, M. 4.—. Bügow, B. 172.56, E. 1.50, K. 2.15. Ebersbach i. S., B. 141.36, E. 9.50, K. 10.30. Gotha, B. 103.94, E. 1.—, K. 4.40. Heilberg, B. 18.—. Riel, B. 309.98, K. 5.05. Kreuznach, B. 12.36. Martzbreit, B. 79.50. Wittweida, B. 226.—, K. 40.—. Mannheim, B. 562.25, E. 11.—, K. 5.70. Niedermendig, B. 108.22, K. 5.20. Obermendig, B. 26.14, E. 2.50. Riesa, B. 90.38, K. 5.10. Schopfloch, B. 161.26, K. 4.25. Treuen, B. 234.—, K. 10.—. Wolgast, B. 92.50. Wallbörn, B. 126.—, K. 9.75. Wolfshagen, B. 52.50, K. 1.50. Wenig-Radwitz, B. 120.—, E. 2.—, K. 14.50. Gamburg, Ins. 24.—, Weida, Ins. 2.—. Leipzig, B. 1.50. Jever, B. 4.80. Wittenberg, B. 6.50. Dittelsdorf, B. 3.20. Potsdam, B. 10.—. Herford, B. 5.70. Eggefort, B. 7.50. Treuen, Ins. 3.20. Jena, Ins. 2.40. Auhig, Ins. 10.40. Eriega, B. 5958.40, E. 30.—, K. 58.90, M. 4.—. Rammelsbach, B. 368.98, E. 7.—, K. 3.90, M. 1.20. Niedermendig, B. 7.40, M. 0.10. Mannheim, B. 57.75. Magdeburg, B. 125.—. Langanaltheim, B. 119.70, E. 6.—, K. 4.80, M. 8.50. Seppenheim, B. 620.—, K. 20.—, M. 1.40. Pöslitz, B. 1085.—, E. 28.50, K. 31.—. Breitenborn, B. 396.46, E. 16.50, K. 6.30. Püßow, K. 1.85, M. 0.40. Vunzlau, B. 323.25. Bad-Wibling, B. 159.38, E. 2.—, K. 0.75, M. 0.20. Brudmühl, B. 100.—, K. 10.—. Brandenburg, B. 99.98, K. 1.60. Dettenhausen, B. 145.28, E. 6.—, K. 2.90. Eiterhagen, B. 175.30, E. 0.25, K. 0.60. Gotha, B. 39.—. Gera, B. 119.24, E. 1.50, K. 6.10. Hof i. B., B. 526.62, E. 7.50.

K. 9.20. Hamburg II, B. 103.50, E. 10.—, K. 70.25. Arnsdorf B. 595.92, E. 18.—, K. 22.40. Kleinrinderfeld, B. 675.50, E. 6.50 K. 10.—, M. 3.40. Söbjein, B. 133.—, K. 2.—, Leipzig, B. 650.— K. 50.—. Nebra, B. 6.—. Sulzfeld, B. 231.20. Wellerode, B. 105.50 K. 7.85, M. 2.50. Vichtenrade, B. 9.10. Emden, B. 8.—. Berding B. 6.50. Wittenberg, B. 3.80. Vrenzlau, B. 3.—. Dingelstädt B. 7.20. Breslau, Ins. 8.20. Ruffriedel, B. 178.92, K. 3.90. Saalburg, B. 368.16, E. 2.50, K. 2.50. Mitten, B. 81.30, E. 1.50, K. 0.80 M. 13.—. Pforzheim, B. 60.—. Neu-Cunnersdorf, B. 83.30, M. 3.40 Meifen II, B. 23.15, E. 9.—, K. 37.60. Ludwigshafen, B. 50.—. Kirchhausen, B. 543.84, E. 0.25. Kaiserslautern, B. 210.—, E. 9.50 K. 20.—. Karlsruhe, B. 408.56, E. 16.50, K. 10.70. Haverstädt B. 72.—. Herischdorf, B. 54.—. Goldberg, B. 100.—. Essen B. 319.75. Danzig, B. 50.—. Dortmund, B. 107.48, E. 10.—, K. 14.15. Colmar, B. 100.—. Heutßen, B. 36.50, K. 0.10. Berned B. 178.20, K. 2.50. Amorbach, B. 33.46, E. 2.50. Breslau B. 307.25. Brüd, B. 171.—. Bonn, B. 40.—, E. 4.—. Erfurt B. 102.08, K. 8.05. Eberfeld, B. 102.—, E. 5.—, K. 10.—. Heigenbrüden, B. 128.96, E. 6.—, K. 4.60, Königsutter, B. 20.58, K. 5.50 Kappelrode, B. 400.—. Verbach, B. 48.—. Landsberg, B. 23.60 Meifen II, B. 8.45, K. 0.05. Steinach, B. 843.66, E. 13.75, K. 7.50 Ruffriedel, B. 14.70, K. 0.30. Jülich, Ab. 8.—. Tauscha, B. 2.40 Zwenkau, B. 3.10.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Briefkasten.

B. M., Berlin. Wenn wir Deine Fragen eingehend beantworten sollten, so müßten wir schon eine Broschüre schreiben. Zu 1. Wende Dich an das internationale Steinarbeitersekretariat in Zürich, Langstraße 10. Zu 2. Wir sind nicht im Besitz eines dementsprechenden geologischen Wertes; überdies wird in der Schweiz wenig Marmor gebrochen. Zu 3. Die Fahrt kostet etwa 27 Mk. Zu 4. Uns ist nicht bekannt, in welchem auswärtigen Staate die Chancen für die Marmorarbeiter am günstigsten sind. Wer als junger Mann reisen will, tut am besten, er verläßt sich auf gut Glück. Wenn Dich aber jetzt schon Heiratsgedanken plagen, dann bleibst am besten in Berlin. — R. Du mußt es mit dem orientalischen Sprichwort halten: Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, dann muß eben Mohammed selbst zum Berge kommen. Sentimentalitäten nützen doch nichts. — A. M. in St. Wir haben die Mitteilung nicht als Bericht aufgefaßt. — Anträge. Es wird dort dunkelgrün, kompakter ziemlich harter Glaukonitalkstein ohne deutliche Schichtung gewonnen. Als geologische Formation kommt in Frage: Unter-, Mittel- und Ober-Devon. Die Kirche zu Liesborn ist vor 450 Jahren aus jenem Material erbaut worden. Die Renovierung fand im Jahre 1800 statt. — G. Mächten davon abraten. „Sächtige“ Briefkastennotizen sollen nicht mehr bringen; in München haben sich darüber einige melancholisch veranlagte Kollegen sehr aufgeregt. Wahrscheinlich wollen jene Kollegen noch ins Kloster gehen. — B. J. in A. Dein Brief hat uns völlig überzeugt, daß die Zahlstelle im Rechte ist. Wir müßten uns vergewissern. — E. Wenn die Mitteilung an das Pressebureau ging, so ist es desto besser. Öffentlich findet die Einsetzung in der Parteipresse die nötige Beachtung. —

Einige Zusendungen mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

33333 Anzeigen 33333

Am Sonntag, den 21. Juli d. J., findet ein **Ausflug der Zahlstelle Karlsruhe**

unter Beteiligung des Arbeitervereins Gleichheit von Karlsruhe nach dem **Kraichgauer und Maulbronner Steinbruchgebiet** statt. Die Veranstaltung bezweckt eine agitatorische Belebung der Partei-, Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in diesem großen und ausichtsreichen, aber noch jungfräulichen Gebiet. Das Fahrgeld beträgt: Karlsruhe—Fleisingen 75 ¢, zurück Maulbronn—Karlsruhe 90 ¢ oder ab Bretten—Karlsruhe 50 ¢.

Die **Steinarbeiterzahlstellen des Gebietes und der Umgebung** müssen es sich zur Pflicht machen, **vollständig zu erscheinen.** Insbesondere ergeht an die Kollegen von Karlsruhe die Aufforderung, sich zahlreich an dem Ausflug zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung Karlsruhe.

Ich versende auch allen Orten:
1a Steinmetzhobelstahl pro 1 kg 1 Mk., bei 25 kg 80 Pfg
Steinmetzbleistifte mit Hartblei, pro Groß 2 Mk.
Steinmetzbleistifte (echte Rehbach) mit Hartblei, pro Groß 2.25 Mk., bei 10 Groß 2.10 Mk.
Steinmetzbleistifte 40 cm lang mit extra Hartblei, pro Groß 7.50 Mk., bei 5 Groß 7 Mk.
1a Steinmetzbesen von Kotos, pro Duzend 4.50 Mk.
1a Buchsbaum-Massstäbe mit 6 Gliedern und extra tiefen Rippen, pro Duzend 4.50 Mk.

Walter Kluth, vorm. Otto Bernhardt
Dresden, Blumenstrasse 19.

Schürzen Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Quastfing-Sofen in eigener Anfertigung — empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee
f. Maschinen- u. Elektro-Ingenieure, Bau-Ingenieure, Architekten.
Spezialkurse f. Eisenbeton, Kultur- u. koloniale Technik. Neue Laborat.

Steinmetzen, Spalter, Pflastersteinrichter
bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn sofort gesucht.
Granitwerke Steinerne Renne A.-G.
Wernigerode a. H.

Tüchtige Hand- und Maschinen-Schleifer
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Hans Wieser, Granitwerk, Roth bei Nürnberg.

Tüchtige Granitsteinmetzen und Steinbrecher
für dauernde Bauarbeit können sofort eintreten.
Karl Paesche, Werkstein-Industrie, G. m. b. H.
Jannowitz (Riesengebirge).

Suche für sofort einen **tüchtigen Steinmetz** auf Sandstein.
A. Thiele, Steinmetzmeister, Löhne (Westfalen).

Hand- und Maschinenschleifer
sucht **Paul Cismann, Treuen (Vogtland).**

1-2 Steinbildhauer oder Steinmetzen
auf bessere Grabsteinarbeit werden sofort auf längere Zeit eingestellt. Anfragen an **Richard Raue, Bildhauer, Niederoderwitz.**

Tüchtige Marmorpolierer
für dauernde Beschäftigung sucht **Vereinigte Fichtelgebirg. Granit-, Syenit- u. Marmorwerke A.-G. Werk Seussen.**

Bossierer, Ritzer, Häcker, Ausmacher
nach Provinz Sachsen gesucht.
Ostrauer Steinindustrie F. v. Feltheim
in Ostrau (Kreis Bitterfeld).

Einige tüchtige Mosaik- und Kleinpflastersteinschläger
für Basalt bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
Max Kunze, Goldberg i. Schl.
Schmiedestraße 340.

Steinmetzen
auf Sandstein für dauernde Beschäftigung stellt ein **L. Niggli in Mittelsteina**
Grafschaft Glatz (Schlesien).

Tüchtige Steinmetzen
auf Sandstein mit eigenem Werkzeug stellt sofort ein **Werkstätte für Friedhofskunst**
August Stösslein, Plauen (Vogtland).

Einige geübte Steinmetzen
auf schneifreie Arbeit finden dauernde Beschäftigung.
Rostock. Wilhelm Lüders Granitwerke.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)
In **Breslau** am 22. Juni der Kollege **Richard Ehrlich**, 38 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In **Kirchenlamitz** am 4. Juli der Kollege **Johann Ende**, 38 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Mittelstein** der Kollege **Johann Coufal**, 34 Jahre alt, an Herzlähmung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ein Reichsbund der Bauunternehmer.

Der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes, schreibt:

Es ist vollbracht: am 28. Juni haben die Unternehmer das Werk vollenden können, mit dem sie am 10. Dezember des vorigen Jahres begonnen hatten. Die unterschiedlichen Unternehmerverbände des Baugewerbes haben den schon länger angestrebten Zusammenschluß erreicht, wenn auch noch nicht in der Vollständigkeit, die sie sich zum Ziel gesetzt hatten. Die Unternehmerpresse selbst meldet zwar noch nichts darüber, aber der „Vorwärts“ vom 30. Juni weiß zu berichten:

In den Kammerfällen ist am 28. Juni d. J. nach längeren Beratungen, die bis zum Dezember vorigen Jahres zurückreichen, eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände des eigentlichen Baugewerbes (Hochbau) und der Baunebengewerbe unter dem Namen Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gegründet worden. Ihren Beitritt haben bereits erklärt: der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband der Gipser, Stuckateure- und Verputzmeister Deutschlands, Sitz Karlsruhe, der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Sitz Berlin, der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede, Sitz Düsseldorf, der Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, Sitz Kiewitz a. Rh., der Reichsverband für das Steinische, Plasterer- und Straßenbaugewerbe, Sitz Leipzig. Weitere Beitritte stehen bevor.

Zwei des Reichsbundes, der den angeschlossenen Zentralverbänden vollständige Selbständigkeit läßt, ist die „gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen“, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß. Vorsitzender ist der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Eusebius, der erste stellvertretende Vorsitzende ist der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Kruse, Berlin, der zweite stellvertretende Vorsitzende ist Mittels-Berlin vom Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 9, Bismarckstraße 32, wo sich auch die Bureau des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe befinden.

Dieser Zusammenschluß bleibt zum Teil hinter dem ursprünglichen Plane zurück, zum Teil geht er darüber hinaus. Er bleibt dahinter zurück, indem er nicht alle Verbände umfaßt, die an der Besprechung vom 10. Dezember teilnahmen, und er geht darüber hinaus, indem er sich auch auf den Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe erstreckt, der auf der Dekontferenz nicht vertreten war. Da es jedoch heißt, daß weitere Anschlüsse bevorstehen, so wird man zugeben müssen, daß der Zusammenschluß der Unternehmer in großem Umfange gelungen ist, als nach dem, was uns von den Vorbereitungen bekannt war, zu erwarten stand.

Dieser Zusammenschluß ist für die baugewerblichen Unternehmer von außerordentlicher Bedeutung. Aber er geht nicht nur die baugewerblichen Arbeiter an — er ist ein Signal für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung. Wir huldigen nicht dem Glauben, daß nun plötzlich „unser“ Bund durch den Zusammenschluß riesenstark geworden sei; im Hinblick auf die nächstjährige Bewegung wären ihm höchstwahrscheinlich einige Tausend neuer Mitglieder oder eine Entente cordiale mit den Baumaterialienhändlern wertvoller gewesen; aber für die weitere Zukunft wiegt dieser Zusammenschluß zehnmal schwerer, als jene Vorteile. Durch diese Fusion verbunden die beteiligten Unternehmerverbände den Willen zu einer weiteren Steigerung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, zu einer neuen Erweiterung der Grundlage für die künftigen Auseinandersetzungen. Die zentralen Kämpfe in den einzelnen Berufen genügen ihnen noch nicht, denn sie bringen bisher nicht das, was das dauernde, unverrückbare Ziel der kapitalistischen Gewaltmenschen ist: die Knebelung, die Niederwerfung der Arbeiterorganisationen. Aber man hofft dies Ideal zu erringen, wenn man Kämpfe herbeiführt, an denen mehrere große Gewerbe beteiligt sind. Das schwedische System, die Aussperrung der ganzen organisierten

Arbeiterschaft zum Zwecke ihrer Brutalisierung, das ist das wahre, letzte Ziel unserer Unternehmer. Und dieser Zusammenschluß bringt sie dem Ziele wieder einen großen Schritt näher.

So vollendet sich die so oft von unsern Gegnern angefeindete Theorie vom Klassenkampf. Uns überrascht es nicht und es wird uns auch, das glauben wir zwerzschlich, nicht vom Wege des Fortschritts abdrängen können. Wir erkennen die klare Logik dieses Vorgangs und sind uns der Pflichten bewußt, die uns, das heißt der organisierten Arbeiterschaft, daraus erwachsen: höchste Anspannung unserer Werbekraft, Opferwilligkeit bis an die Grenzen des Möglichen und geschlossenste Einheit der Aktion.

Verdächtig muß werden.

Die freien Gewerkschaften werden immer schroffer bekämpft. Auch der Steinarbeiterverband erhält davon seinen guten Teil ab. Im „Sächsischen Erzähler“ vom 23. Juni wird unser Verband in nachstehender Weise „liebevoll“ Erwähnung getan: „Ein neuer Beweis, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Arbeitern das sauer verdiente Geld abnehmen, nicht um es ihnen als Unterstützung zugute kommen zu lassen, sondern um davon für die Parteiführer schöne Wohnhäuser hinzustellen, findet sich in dem Bericht über die Generalversammlung des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes, die vom 13. bis 18. Mai d. J. in München stattfand. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berichtet hierüber folgendes:

Den Zahlstellen Häslicht und Demitz-Thunitz werden 5000 bzw. 30 000 M. Hypothekengelder zum Erwerb eigener Grundstücke bewilligt, da an diesen Orten trotz größter Opferwilligkeit der Mitglieder Versammlungslokale nicht zu haben sind. An letzterem Orte haben die Mitglieder ca. 28 000 M. aus eigenen Mitteln aufgebracht.

Die Summen, welche die Arbeiter für solche Zwecke opfern, stehen in einem schlechten Verhältnis zu den heberischen Behauptungen sozialdemokratischer Parteiführer über das in Deutschland herrschende Proletariatselend.

Wenn der „sächsische Erzähler“ ehrlich sein wollte, so müßte er die Beschlußfassung unserer Münchner Generalversammlung als recht lobenswert hinstellen.

Zur Klärung der Sache sei folgendes bemerkt: In Demitz (Sachs) haben wir eine Zahlstelle mit 1000 Mitgliedern. Alle Vermählungen, ein Bureau für die Zahlstelle mieten zu können, scheiterten an dem starken Sinn der Demitzer Hauspatronen. Unser Verband sollte „hinausgeräucher“ werden. Da lehrten unsere Mitglieder den Spieß um. Es wurde vor einigen Monaten beschloffen, ein eigenes Gebäude zu errichten, um das Bureau nebst Bibliothek unterbringen zu können. Damit das Unternehmen floriert, mußte der Bau eines Gebäudes mit sechs Wohnungen ins Auge gefaßt werden. In Demitz herrscht nämlich großer Wohnungsmangel. Ist es da ein Verbrechen, wenn aus der Hauptkassette 5000 M. auf die erste Hypothek gegeben werden, bei einem Objekt von 17 000 M. im Werte. — Die Zahlstelle hat aus eigenen Mitteln bisher selbst schon 3000 M. aufgebracht und es werden noch weitere Beträge aufgebracht. — Der Vertrauensmann wird zwar im Verbandsgebäude wohnen, er erbt in Demitz ebenfalls keine Wohnung, die Hausverwaltung aber wird eine besondere Kommission führen. Der Zweck des Bauens ist also, daß unsere Zahlstelle auch fernerhin ihre Aufgaben in vermittlungstechnischer Hinsicht erfüllen kann.

In Häslicht (Schlesien) weist der Verband etwa 600 Mitglieder auf. Ein Lokal zu erhalten ist unmöglich. Kein Saalbesitzer traut sich wegen des behördlichen Drucks, uns seinen Saal zu geben. Die rührigen Kollegen nahmen die Gelegenheit beim Schopf und gründeten einen Bau- und Sparverein. Sie brachten bisher etwa 28 000 M. auf. Ein Grundstück im Werte von 15 000 M. wurde angekauft und darauf ersticht jetzt ein Neubau mit 18 geräumigen Wohnungen. Ebenfalls ist ein geräumiges Versammlungslokal darin vorgesehen. Das Unternehmen wird sich sehr gut rentieren, denn die Wohnungsmisere ist in Häslicht recht groß. Das überaus stattliche Bauwerk aber wurde in erster Linie deshalb errichtet, um überhaupt zu einem Versammlungslokal zu kommen. Bemerkenswert ist, daß in diesem Neubau der Konsumverein ebenfalls ein Unterkommen finden wird. Unre Kollegen haben nach der geleisteten schweren Arbeit in den Steinbrüchen die Ausschachtungsarbeiten, den Steintransport usw. völlig umsonst vorgenommen. Es mußten ca. 200 000 Ziegelsteine transportiert werden. — Wir sagen: Gut so vor solchen Renten, welche ein so glänzendes Gefühl der Solidarität zeigen. Das ganze Objekt hat einen Wert von 55 000 M., hat da etwa der Verband unflugs gehandelt, wenn er zur ersten Hypothek 30 000 M. hergab? Festgestellt sei, daß diesen Betrag zunächst die sächsische Landesversicherung geben wollte, aber nachdem der Steinarbeiter-

verband „roten“ Tendenzen huldigen soll, wurde das Gesuch abgelehnt. — Die Gegner denken, die Gewerkschaften müßten ihre Gelder bloß bei privaten Banken deponieren, oder Staatspapiere nehmen. — Wir sind der Meinung, daß der Münchner Verbandstag sehr gut tat, daß er diese Hypotheken genehmigte. Allerdings die schwarzen Gewerkschafter brauchen sich mit solchen Objekten nicht zu befassen, denn in ihren Kassen ist ja immer Ebbe.

Der Bauarbeiterchutz in der Zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags.

Die Frage und die Regelung des Bauarbeiterchutzes ist nun auch in Elsass-Lothringen in ein neues Stadium eingetreten. Die jahrzehntelangen Bestrebungen und Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft sind nun doch endlich mit Erfolg gekrönt. Die Zweite Kammer des elsass-lothringischen Landtags hat in ihrer Sitzung vom 4. Juni den vorliegenden Anträgen der Sozialdemokraten und des Zentrums, welche die Schaffung einer Landesbauordnung und Anstellung von Arbeiterkontrolloren verlangte, zugestimmt. Diese Zustimmung ist ein Novum in der parlamentarischen Geschichte des Landes. Während der frühere Landesauschuß hartnäckig und konsequent alle Forderungen der Arbeiter, auch der Bauarbeiter, zum größten Teil ignorierte, liegen die Dinge beim jetzigen Landtage etwas anders. Dies hat seinen Grund nicht etwa in der größeren Arbeiterfreundlichkeit des jetzigen Parlaments, sondern in der vorgenommenen Aenderung der Verfassung. Die neue Verfassung brachte dem Lande ein freieres Wahlrecht, wonach die Abgeordneten in direkter und geheimer Wahl gewählt werden, im Gegensatz zum indirekten Wahlverfahren zum früheren Landesauschuß. Hier in dem abgeänderten Wahlsystem ist die „arbeiterfreundliche“ Wandlung des jetzigen Parlaments enthalten. Jetzt, wo man mit den Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen rechnen muß, kann man natürlicherweise deren Forderungen nicht mehr in demselben Maße übergehen, wie der frühere Landesauschuß in seiner Unverantwortlichkeit noch in der „glücklichen“ Lage war. Ferner kommt noch in Betracht, daß in der Zweiten Kammer unter den 60 Abgeordneten 11 Sozialdemokraten sich befinden, die als treibender Faktor in allen Arbeiterfragen anzusehen sind. Deswegen glaubten auch die Bauarbeiter, die in den Jahren 1903, 1904 und 1909 vergeblich um besseren Arbeiterchutz an den Landesauschuß petitioniert hatten, ihre Zeit gekommen, um erneut an das Parlament heranzutreten. In der Landesbauarbeiterchutzkonferenz vom 10. Dezember 1911 wurden die Forderungen betreffs Bauarbeiterchutz nochmals formuliert und der Zweiten Kammer zugestellt. Die sozialdemokratische Fraktion derselben erhob diese Forderungen zum Antrag, welcher in den Sitzungen vom 29. Mai und 4. Juni debattiert und, o Ironie, nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme gelangte. Zu gleicher Zeit hatte auch das Zentrum, dessen Fraktion im Landesauschuß keinen Finger gerührt hatte für die Bauarbeiter, einen Antrag eingebracht, welcher parallel mit dem sozialdemokratischen eine landesgesetzliche Regelung des Bauarbeiterchutzes und die Anstellung von Bauaufsichtern aus dem Arbeiterstande verlangte. Während aber der sozialdemokratische Antrag in Orten von 10 000 Einwohnern schon einen Arbeiterkontrollor vorsieht, forderte der des Zentrums solche in „genügender“ Zahl. Hier kommt die bekannte Halbheit des Zentrums, das sich überall gleich ist, vollkommen zum Ausdruck. Man möchte wohl eine Kleinigkeit für die Arbeiter tun, dem Unternehmertum aber nicht zu nahe treten. Die Verhandlungen selbst waren sehr interessant und werfen ein großes Schlaglicht auf die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit der gesamten bürgerlichen Parteien und der elsass-lothringischen Regierung. Zunächst kam der Sprecher des Zentrums, welches die stärkste Fraktion ist, zum Wort. Er begründete seinen, den Wünschen der „christlich-nationalen“ Arbeiter entsprechenden Antrag, in recht und schlechter Weise. Nach ihm sprach von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Imbs. Nach dem Genossen Imbs kam der Lothringener Engel zum Wort, der im Auftrage seines Kollegen

Aus der schlesischen Steinindustrie.

Die Provinz Schlesien weist eine starke Steinindustrie auf. Wir wollen aber in diesem Artikel eine Beschreibung der Sandsteinindustrie im Kreise Bunzlau, der Granitindustrie in den Kreisen Striegau, Strehlen und Jauer, der Basaltindustrie im Kreise Landau und der Kalksteinindustrie in der Umgebung von Kaufungen unterlassen. Unsere Betrachtung soll mehr der obersteilischen Steinindustrie gelten, und zwar deshalb, weil dort, soweit unser Verband in Frage kommt, noch mehr jungfräuliches Gebiet zu verzeichnen ist. Wir wollen gleich mit der Schilderung beginnen.

In den Orten Dürrarnsdorf und Naasdorf finden wir einige bedeutende Granitbrüche vor. Das Material ist von schöner blauer Farbe und hat mit dem in Gauenberg (Bayrischer Wald) sehr viel Ähnlichkeit. Was mir besonders auffiel, war, daß im Dürrarnsdorfer Bruch der Felsen senkrecht „aufsteht“. Unter diesen Umständen ist es für die Brecher überaus schwer, Blöcke loszubringen. Sehr häufig sind die Brecher bei ihrer Arbeit angefaßt, und da das Gestein sehr hart ist, wird es sicherlich keine Leichtarbeit sein, die Keilblöcke schlagen zu können. Der Bruch mag überaus 30 Meter tief sein und die Lokomotive, die bis jetzt den Steintransport noch vornimmt (zwei Schwebbahnen sind bereits aufgestellt), hat eine enorme Steigung zu überwinden. — Wehe, wenn einmal an diesem eisernen Zugtier die Bremsen versagen würden! — Die Steinmetzen müssen sehr schwere Arbeit herstellen, denn der feinstkörnige Stein „bauert“ sehr, und wenn die Bearbeitung nicht besonders exakt ist, so machen die Werkstücke keinen sehr ansehnlichen Eindruck. — In dieser Hinsicht haben es die Steinmetzen in Striegau, Demitz-Thunitz und Kappelrodeck leichter, weil in jenen Orten das Material mittelmäßige Körnung hat, und die graue Gesteinsfarbe nicht unter allen Umständen die feine Bearbeitung erfordert. — Auffällig ist, daß die Firma Jakobowitsch sämtliche Gesteinsabfälle verwenden kann. Als Unternehmer dieser Abfälle dürften wohl die Straßenbaubehöörden in Frage kommen. Bemerkenswert ist noch, daß der Betrieb momentan von Herrn Baumeister Hofmann geleitet wird, welcher vor etwa 14 Jahren in Oberpeitau und vor 12 Jahren in Fußdorf als Ge-

schäftsführer tätig war und ein scharfes Regiment führte (bei der Firma Söllinger). Die Steinarbeiter im Dürrarnsdorfer Gebiet sind zum größten Teil organisiert, und obwohl die Bevölkerung katolisch ist, können die „Zentrumskräften“ mit dem Bauarbeiterverband nicht aufkommen. An Förderungsversuchen haben es die schwarzen Sendlinge M.-Gladschauer Couleur allerdings noch nicht fehlen lassen. — Bezeichnend ist, daß unsere preußischen Kollegen ihre Versammlungen in Desterreichisch-Schlesien, in einem Gasthaus an der sogenannten „Zollstraße“ abhalten müssen. Ich konnte vor einigen Wochen in diesem Gasthaus eine Massenversammlung abhalten, und den günstigen Eindruck, wie die Naasdorfer Kollegen klingenden Spiels über die Grenze marschierten, werde ich in meinem Leben nicht vergessen.

Wenden wir uns nun einem interessanten Marmorbruchgebiet zu, nämlich dem des Groß-Kunzendorfer (preussisch) und Saubsdorfer (österreichisch-schlesisch). Von Dürrarnsdorf ab, der Zollstraße entlang, ist Kunzendorf in etwa 2 Stunden zu erreichen. Rechter Hand liegt österreichisches, linker Hand preussisches Gebiet. — Der österreichische „Grenz“ distanziert meinen Ruf, zog daraus meine Kamera hervor, ließ mich aber ohne weiteres von dannen treten, als ich erklärte, kein Berufsphotograph zu sein. Schon von weitem tauchen die hohen Schilde der Groß-Kunzendorfer Kalkwerke auf. Die Steinbrüche und Bremsen liegen außerhalb der Ortschaft. Vor den Steinbrüchen hängt natürlich überall die ominöse Warnungstafel: Zutritt strengstens verboten; bei der bekannten Firma Thust ist noch der Zusatz bemerkbar: Beschäftigung unter keinen Umständen gestattet. Kreuz sapperlot so streng hatte ich mir die Dinge da oben an der „Saubsdorfer Gasse“ doch nicht vorgestellt! — Trotzdem war es mir möglich, drei große Marmorsteinbrüche in Augenschein nehmen zu können. Das hellgraue bis graublaue Gestein gehört geologisch ausgedrückt, der archaischen Formation an. Zwischenbei ist in den produktivsten Marmor bräunlicher Glimmer eingelagert. — Die Anlage eines Marmorsteinbruchs, im genannten Orte wenigstens, ist eine sehr gewagte Sache. Schon mancher Bruchbesitzer hat den Rat eines namhaften Geologen eingeholt, um bei den Abbräumarbeiten sicher zu gehen. Aber es mußte manches Fiasco mit in Kauf genommen werden, denn entweder fand sich gar kein Felsen vor, oder wiederum nur min-

derwertiger. Aber trotz dieser Schwierigkeiten liefern einige Brüche Blöcke von jeder Dimension. Die Abfälle und sonstigen Bruchstücke wandern bei einigen Firmen in die Kalköfen; die kleineren Bruchbesitzer hingegen liefern die Abfälle an auswärtige Brennereien. Die Steinbrüche sind in maschineller Beziehung mittelmäßig eingerichtet, musterartige technische Anlagen fand ich nicht vor. Die Unternehmer müssen eben mit diesen technischen Neuerungen etwas vorsichtig sein, weil sie leicht vom Steinbruche im Stiche gelassen werden können. (In Hafferode (Sax) hat man es ja seinerzeit fertig gebracht, großartige Versuchsanlagen zu schaffen, und dann erst nach dem Gestein zu sehen). — Besonders fiel mir auf, daß die Kollegen über die wirtschaftlichen Verhältnisse absolut keine Auskunft geben wollten. Eine solche Zurückhaltung habe ich noch nirgends gefunden, nicht einmal vor Jahresfrist in den schwedischen und norwegischen Steinbrüchen. Die Kollegen hatten aufkeimend Furcht vor dem Herrn Aufseher, und so mußte ich die wenigen Details, die ich wissen wollte, erst aus ihnen herausholen. Das ist ja das Bezeichnende, daß in diesen katholischen Gegenden die Unternehmer die Arbeiter so richtig in Schach halten. In keinem andern Gebiete werden die Steinarbeiter schlechter entlohnt, als wie in Groß-Kunzendorf und Umgebung. — Die Stundenlöhne dürften über 35 Pfg. kaum hinausgehen. Vielfach sind die Löhne noch viel niedriger.

Besonderes Interesse hatte für mich, daß in einigen Werken die großen Marmorblöcke regelrecht mittels Sandbetriebs durchgefäht werden. Und zwar leisten diese Arbeit sogar die Frauen. — Die Sägevorrichtung ist eine recht primitive, und in genau derselben Weise haben auch schon die alten Römer, nach einem zuverlässigen Bericht Plinius des Älteren, den Marmor gefäht. Ich habe in Groß-Kunzendorf eine photographische Aufnahme gemacht (siehe umstehende Abbildung), es sind daraus mühelos die einzelnen Details der Säge vorrichtung zu erkennen. Der zu zerlegende Block ist etwa 2,10 Meter lang und 80 Zentimeter hoch. Um die Durchfähtung bewerkstelligen zu können, hat die Arbeiterin etwa 12 Tage zu tun und dann hat sie netto 11 Mark verdient. In einem 1,50 Meter langen Stiel ist ein kleiner Wasserschöpfer angebracht, die Frau schüttet nach Bedarf das Wasser und den Sand in die Schnittflähe. — In Preussisch- und Österreichisch-Kunzendorf habe ich

Steinmetz eine richtige Scharfmaßerrede hielt. Er ist natürlich gegen die Einführung von Arbeiterkontrollleuten, weil man Höre und staune, den sozialen Gegensatz verschärfen, weil ihnen die theoretische und praktische Bildung fehlte, weil die politische Agitation auf die Baustelle getragen würde und — der soziale Friede gefährdet würde. Es war eine Rede, an denen die Scharfmaßer ihre helle Freude haben werden. Der Sprecher der Liberalen sprach nur kurz, aber sehr vorsichtig. Er ist auch für besseren Bauarbeiter-schutz, seine Fraktion wird aber nur für den Zentrumsantrag stimmen. Dann kam der Vertreter der Regierung, Herr Unterstaatssekretär Mandel. Die Landesbauordnung kommt, aber für die Arbeiterkontrollleute ist die Regierung niemals. Zur Begründung beruft er sich auf — Preußen. Mandel ist bekanntlich Bayer und es wirkte komisch, als er sich auf Preußen berief und sein Vaterland Bayern, das nach Aussage der bayerischen Minister doch mit den Arbeiterkontrollleuten die besten Erfahrungen gemacht hat, gar nicht erwähnte. Mandel ist entschieden gegen die Wahl der Kontrollleure durch die Arbeiter selbst, das würde nur die Politik auf den Bauplatz tragen. Mit dem Zentrumsantrag ist er im „allgemeinen“ einverstanden.

In einer glänzenden Replik widerlegte nochmals Genosse Jms als die gemachten Einwendungen, namentlich auf die guten Erfahrungen in Bayern und Württemberg hinweisend. Dann kam die Abstimmung. Der Antrag der Sozialdemokraten kam als der weitgehendste zuerst. Er wurde mit 11 gegen 3, bei allen übrigen Enthaltungen angenommen. Der Antrag des Zentrums wurde ohne Widerspruch ebenfalls angenommen.

Mit dieser Verhandlung ist nun auch in Elsaß-Lothringen die erste Bresche für den Bauarbeiterschutz geschlagen, an der Arbeiter-schaft wird es liegen, bald den vollständigen Sieg zu erringen.

Korrespondenzen.

Regeln. Am 30. Juni fand in Tiengen unsere Mitgliederversammlung statt. Es wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Gottlieb Reisman, als zweiter Michael Niederer, als Kassierer Karl Douvier. Zu Revisoren wurden Schmid und Köhlig bestellt. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten der Steinarbeiter, welche sich als Hausreißer hergaben, scharf kritisiert. Wir hoffen, daß sich die Kollegen in Zukunft bessern. In unserer Zahlstelle herrscht nun wieder Ordnung. Darum hinein in den Steinarbeiterverband, Eich Leipzig. Wir können auch hier noch Fortschritte machen, wenn wir agitatorisch im vollsten Umfange unsere Pflicht tun. Es gilt hier noch viele Mißstände zu beseitigen und müssen wir gemeinschaftlich und kollegial zusammenarbeiten. Der letzte Lohnkampf hat uns gezeigt, daß Einigkeit unter der Kollegen-schaft dringend nötig ist.

Frankfurt a. M. In dem Bericht über unsere letzte Versammlung kritisierte ich mit Recht die ominöse Wahlkreiseinteilung zum Verbandstag. Hierzu bemerkt die Redaktion, daß der Delegierte unfres Kreises vollauf seine Pflicht getan hat. Dieses ist ja, wie aus dem Bericht von uns zu ersehen ist, von uns gar nicht bestritten worden. Wir möchten hiermit nur darauf hinweisen, daß außer Frankfurt und Offenbach alle andern Zahlstellen zum 7. Gau zählen, und da ist das Wahlresultat doch höchst eigentümlich, daß z. B. unser Kandidat nur Stimmen aus dem 8. Gau erhielt und keine einzige aus dem 7. Gau. Dies erweckt bei uns den Verdacht, daß es bei dieser Wahl nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Und dann, das möchten wir besonders hervorheben, muß die Zentralkommission die Wahlkreiseinteilung so vornehmen, daß auf jeden Gau, entsprechend der Mitgliederzahl, die entsprechenden Mandate kommen. Dies ist infolge der verkehrten, man möchte fast sagen mit Absicht vorgenommenen Einteilung nicht der Fall gewesen. Dies läßt sich eben nicht damit rechtfertigen, daß man sagt, die Zunahme der Mitglieder hat die Wahlkreiseinteilung verschoben.

Anmerkung der Redaktion: Es wird schwer sein, eine Wahlkreiseinteilung fertigstellen zu können, welche alle Zahlstellen berücksichtigt. Es gibt eben Zahlstellen, die denken, sie müßten stets und ständig den Delegierten stellen. — Der Vorstand hat die Wahlkreiseinteilung nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen, daran ändert die Frankfurter Kritik nichts. Wenn sich die Redaktion den Hinweis erlaubt, daß der Delegierte, welcher Frankfurt mitbringt, seine vollste Pflicht getan hat, so geschah dieses deshalb, weil er sich durch den Bericht persönlich getroffen fühlen mußte. Daß durch die enorme Mitgliederzunahme die Wahlkreiseinteilung wesentlich verschoben wurde, ist eine Tatsache, die von den Frankfurter Kollegen doch wohl kaum ernstlich bestritten werden kann.

Mayen (Rheinland). Am Sonntag, den 23. Juni, fand in dem Lokale des Herrn Diederich unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung vom Schriftführer verlesen und angenommen war, gab unser Vorsitzender Kollege Braun den Bericht von der Generalversammlung in München. Daraus konnte man ersehen, daß sich unsere Organisation sehr gut entwickelt hat. Der Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zum Punkt Verschiedenes wurden zunächst Sozialfragen erörtert. — Nachdem forderte unser Vorsitzender Kollege Braun die Anwesenden zur regen Agitation für den Verband auf. Mit Begeisterung und Hingabe zur Organisation wußte er die Kollegen aufzumuntern zur weiteren Ausbreitung unserer Zahl-

stelle. Die Anregung unseres Vorsitzenden fand die volle Anerkennung der Kollegen. Es sei daran erinnert, wie schwer es gerade hier in Mayen (bei Gründung unserer Zahlstelle) gehalten hat betreffs des Lokals. Aber wir schreiten auch hier vorwärts, trotz alledem!

Meißen II. Am 30. Juni tagte im Gasthof Zabel unsere Quartalsversammlung. Kollege Müsch erstattete Bericht vom Verbandstag. Er schilderte in ausführlicher Weise die Arbeit, welche derselbe geleistet hat. Besonders als verwerflich bezeichnete er das Gebahren einzelner Delegierter, welche bei jedem Punkte die Verhältnisse ihrer Zahlstelle auskratzen und nachdem sie geendet hatten, Schluß der Debatte beantragten. Dem Bericht war zu entnehmen, daß in Meißen sehr fleißig gearbeitet wurde. Der Kassenbericht der Zahlstelle wurde vom Kassierer bekannt gegeben. Der Kassenbestand beträgt 140.64 Mark. Es wurden verkauft 1458 Beitragsmarken, 185 Erwerbsscheine, Eintrittsmarken und Sozialbeiträge gingen 608 ein. Die Platzkassierer werden ermahnt, die Sozialbeiträge von allen Mitgliedern pünktlicher einzuziehen. Der Antrag 13 vom Verbandstag besagt, daß die Ortszuschläge auf den Beitragsmarken mit vermerkt werden sollen. Dieser Antrag ist der Zentrale überwiesen und wird hoffentlich seine Beachtung finden. Es wurde noch beschlossen, eine Hausagitation zu veranstalten.

Niedermendig (Rheinland). Am 7. Juli fand in Obermendig in dem Lokal Oberst eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Niederrhein und Obermendig statt. Kollege Julius Götter-Niedermendig wurde als Vertrauensmann für das Ettringer Zuffsteingebiet gewählt. Es sind daher alle Korrespondenzen durch denselben zu erledigen. Kollege Larnes-Mayen machte uns mit den Grundzügen im Tarifrechnen bekannt. Er verstand es sehr geschickt, an der Hand einiger Skizzen, das Tarifwesen zu erläutern. Darauf setzte eine lebhafte Diskussion ein, wegen der schwebigen Handlungsweise der „Keramiker“ bei den Tarifverhandlungen für das Ettringer Zuffsteingebiet. Sie wollen uns auch hier, wie im Basaltlavagebiet von Mayen, gänzlich ausschalten. Eine Tarifverhandlung ihrerseits fand schon mit den Unternehmern statt. Als Grundlage wurde der Aufschalttarif benützt. Die Christlichen „schlußten“ nun jede Position, wie sie die Unternehmer angaben, bis auf die Glieder, welche, dank dem Auftreten eines Obermendiger Kollegen, statt 17 Pfg. 18 Pfg. kosteten. Und so erleben wir nun, daß in einem Gliedertarif, welcher ja an und für sich einen Fortschritt bedeutet, das Rad der Werkstücke von den Kollegen noch selbst besorgt wird oder 1 Mark für den Kubikmeter in Abzug gebracht wird. Man sieht wieder, daß die Christlichen ihre Verbandsinteressen höher stellen, wie das der Arbeiter. Es wird auch hier die Erkenntnis kommen, daß der christliche Keramik- und Steinarbeiterverband nicht in der Lage ist, unsere Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Mit Stillschluß raseln wird eben nichts erreicht. Ueber die Nachschafften der Keramiker herrscht hier allgemeine Erbitterung. Wir haben es gesehen, wie es die Herren treiben.

Nieder-Sunnersdorf. Am 2. Juli fand eine Versammlung im Gerichtssaal hier statt. Zunächst wurde der Vorstand gewählt und zwar Max Schneider-Soban, Carolstraße 13, als 1. Vorsitzender und Wilhelm Geißler-Rottmarzdorf als 2. Vorsitzender. Gauleiter Jahn referierte dann über: Weshalb organisieren wir uns? An verschiedenen Beispielen erläuterte er uns die Notwendigkeit der Organisation und wurden diese Ausführungen aufmerksam verfolgt und mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Die Quartalsabrechnung wurde durch den Kassierer Köhlig bekannt gegeben. Es ist dieses die erste Abrechnung und können wir in Anbetracht der Verhältnisse mit dem Resultat sehr wohl zufrieden sein. Hoffentlich wird unsere neue Zahlstelle dementsprechend blühen und gedeihen.

Odenburg. Am 30. Juni fand im Gewerkschaftshause unsere Quartalsversammlung statt. Die Abrechnung wurde anerkannt und der Kassierer entlastet. Johann Nielsen, welcher die Kasse und Bücher sehr exact geführt hat, hat uns verlassen und ist mit seiner Familie nach Schweden, seiner Heimat, gereist, begleitet von unserm Gegenüberwärtigen. Als neuer Kassierer wurde Kollege Walter Johansen gewählt. Eine heftige Debatte entspann sich über einen hiesigen Kollegen, welcher keine geregelte Arbeitszeit kennt. Es wurde der Beschluß gefaßt, selbigen eventuell auszuschließen. Auch ein hier, wie im Reich schon gut bekannter Kollege, hält es nicht der Mühe wert, sich anzumelden, obwohl er schon über 4 Wochen hier in Arbeit ist. Sein Buch ist zwar in Ordnung, er hat es aber verlegt. Im Falle er seiner Pflicht nicht nachkommt, wird er im „Steinarbeiter“ veröffentlicht. Wir müssen in einer so kleinen Zahlstelle besonders auf Ordnung sehen.

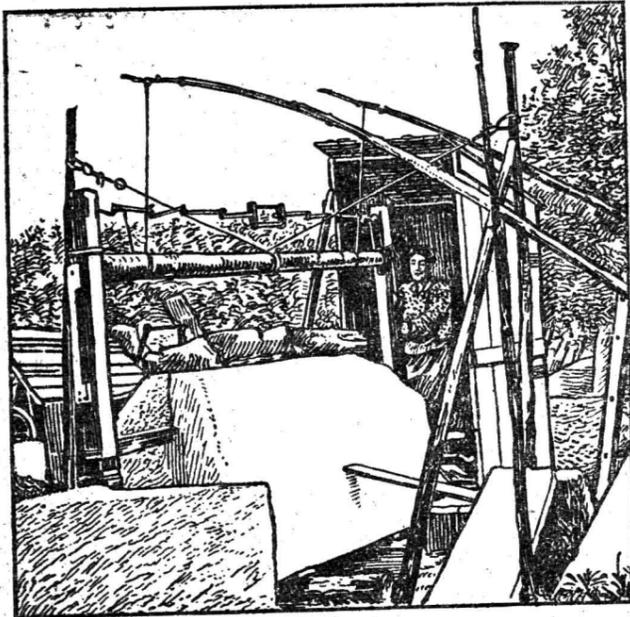
Niesla. Am 30. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Kassierer erstattete Bericht vom 2. Quartal. Da alles in bester Ordnung war, wurde er entlastet. Dann machte sich eine Neuwahl notwendig. Der Kollege Partig legte sein Amt als 1. Vorsitzender nieder, da er zurzeit am Bau arbeitet. Das ist auch vollständig berechtigt, denn die Kollegen am Orte erhalten oft zu spät Kenntnis von verschiedenen Vorgängen. Das würde auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen, zumal bei der verschiedenen Auslegung des Tarifs Reibereien entstehen können, die die Anwesenheit des Vorsitzenden erfordern. Auch ist es beschämend für die hiesigen Sandsteinmetzen, daß sich kein Kollege bereit erklärte, als 1. Vorsitzender zu fungieren. Hierbei wurde auch das Verhalten der Firma C. F. Förster einer scharfen Kritik unterzogen. Trotzdem die Firma genug Arbeit hat, daß die Hälfte der Kollegen spazieren gehen, während fremde Kollegen herangezogen werden. Die größte Schuld an solchen Zuständen trifft aber die hiesigen Kollegen selbst, denn das Verhalten einzelner entspricht oft nicht dem eines Kollegen. Was sollen unsere neugewonnenen Mitglieder der Marmorbranche von uns denken? Wir sollten doch mit gutem Beispiel vorangehen, aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Darum, Kollegen, helft diese

Mißstände beseitigen, denn diese bringen uns keinen Vorteil, einzig und allein der Unternehmer zieht seine Konsequenzen daraus. Bei der nun folgenden Wahl wurde Kollege Hermann Kubit als 1. und Kollege Max Partig als 2. Vorsitzender gewählt. Durch die Wahl des 1. Vorsitzenden machte sich die Wahl eines 2. Revisors notwendig, welche auf Kollegen Ehlenbach fiel. Nachmal setzte eine lebhafte Debatte ein über die Dauer der Arbeitszeit am Neuen-Ostbader der Döschner Kirche. Diese Arbeit wird von der Firma Förster ausgeführt. Man einigte sich schließlich dahin, indem der Gauleiter nochmals beauftragt wird, die Sache zu untersuchen, damit auch hier Klarheit geschaffen wird. Nachdem noch den Versammlungsschwägern eine scharfe Rüge erteilt war, war Schluß der Versammlung.

Steinach. Die am 23. Juni stattgefundenen Versammlung der Größelmacher erfreute sich eines guten Besuchs. Angenehm fiel es auf, daß auch die Arbeiterinnen sehr zahlreich zur Stelle waren. Ueber das Thema: Die kulturellen Bestrebungen der Gewerkschaften referierte Kollege Staudinger. Redner zeigte, wie vor 40 Jahren die Arbeiter-schaft allen Fragen, welche die Öffentlichkeit berührten, recht gleichgültig gegenüberstand. Welch ungeheurer Wandel ist nun hierin inzwischen eingetreten. Der organisierten Arbeiter-schaft in Deutschland muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie heute die sozialen Zustände richtig einzuschätzen weiß, dank der Erkenntnis ihrer Klassenlage. Die Arbeiterbewegung hat die einzelnen Individuen geistig völlig umgestaltet, diese sittlich und moralisch auf eine bedeutend höhere Stufe gestellt und dadurch den Arbeiter im allgemeinen höher gewertet. Dann zeigte Redner die Erfolge auf tariflichem Gebiet, desgleichen die geschaffenen Unterstützungs-einrichtungen. Besonders ging der Referent auf die lange Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Größelmacher ein. Hier müßte baldige Remedur geschaffen werden. Mit einem feurigen Appell, daß die älteren Arbeiter den Jugendlichen gegenüber in organisatorischer Weise stets musterhaft vorzugehen müßten, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er in der nächsten Versammlung Bericht über den Münchner Verbandstag erstatten werde. Einige Kollegen ließen sich des weiteren in den Verband aufnehmen.

Weiskirchen. Traurige Verhältnisse, scheint es, wollen sich in unserer Zahlstelle einschleichen. Fünf Jahre ist es hier, seitdem sich einige Kollegen die redliche Mühe gaben, auch in Weiskirchen eine Gewerkschaft unter den Steinarbeitern zu haben. Deshalb ist die „gute“ Erinnerung noch angebracht, als die Kollegen unter dem Druck des Unternehmertums leiden mußten, und dieselben nach Willkür den Preis festsetzten. Viele haben uns die Ohren vollgejammert, daß sie kein Wort mitreden können. Wir können offen gestehen, daß gerade die, denen der Tarif den meisten Nutzen brachte, jetzt am meisten dagegen agitieren, indem die Beitragsleistung auf Sparflüssen oder Versicherungen usw. für sie besser angebracht wäre, als diese Zahlerei, die doch keinen Wert habe. — Wir können den Kollegen nachweisen, daß sie bei Stücken rund 50 Prozent mehr bekommen haben, als früher ohne Tarif; wir können jederzeit den Beweis antreten, wenn es auch hier nicht am Plage ist. Kollegen, seid also vernünftig und redet nicht solch dummes Zeug. In unserm Orte sind 208 organisierte Kollegen vorhanden. Es haben davon ungefähr 50 Prozent ein kleines Anwesen. Wie erbärmlich schaute es in der Versammlung am 6. Juli aus. Es waren im ganzen von 208 Kollegen netto 6 anwesend. Kollegen, wo ist die Begeisterung hingekommen, welche vor einigen Monaten herrschte, als hier Staudinger referierte? Ein jeder soll und muß bedenken, daß es ihm über kurz oder lang auch so gehen kann, wie unsern reisenden Kollegen, oder denjenigen, die wochenlang, ja monatelang krank sind. Hier scheint das Wort in Erfüllung zu gehen: ein jeder ist sich selbst der nächste. Kollegen, das ist ja sehr bedauerlich, wenn solche Erscheinungen an den Tag treten. Kollegen, rafft euch auf und seid einmütig, denn der lachende Dritte ist nur das Unternehmertum. Und nochmals rufen wir euch zu, die beste Sparkasse ist unsere Gewerkschaft, denn ein jeder hat es schon empfunden.

Windisch-Eschenbach (Oberpfalz). Von einer mit vollem Erfolg abgeschlossenen Lohnbewegung der Steinarbeiter erzählt die christliche Keramik- und Steinarbeiterzeitung ihren staunenden Lesern. Daß aber das Auszahlen bei der Firma Zimmerer an den Sonntagen große Schwierigkeiten bereitet und die Arbeiter oft eine Stunde auf ihren Lohn warten müssen, darüber schweigt der Bericht. Auch über die engherzige Sortierung der gefertigten Pflastersteine bei der Firma Weierhöfer ist kein Wort im Bericht zu finden, obwohl gerade dadurch den Arbeitern der Erfolg wieder freitig gemacht wird. Dagegen weiß der Bericht von gemeinen Behereien eines wohlbekannten Genossen zu reden, „der dazwischen sitzt“. Das ist wieder eine der wohlbekannten „christlichen Wahrheiten“, die nur auf schwarzem Grunde gedeihen. Fraglicher Arbeiter hat jederzeit mit den christlich organisierten Arbeitern in den Steinbrüchen kameradschaftlich verkehrt und sich mit diesen solidarisch erklärt. Eine Agitation hat dieser im Bruch überhaupt noch nicht betrieben. Dagegen ist die gleiche Solidarität von den Christlichen durchaus nicht zu berichten. Der Arbeiter, „der dazwischen sitzt“, wurde weder zu einer Versammlung noch zum Bubenrecht eingeladen. Auch zur Tarifkommission wurde er nicht beigezogen. Als der Sekretär Schwarz kam, verließen die Christlichen die Bude, um sich dahinter zu postieren, den nichtchristlich organisierten Arbeiter lieb man sitzen. Aus den Verhandlungen ist so viel durchgedrungen, daß der Arbeiter hinausgedrängt werden sollte. Wer nun der Hege ist, dürfte nicht schwer zu erraten sein. Es ist eine alte Tatsache, daß, wenn die Christlichen von einer Geze schreiben, sie sich selbst betroffen fühlen und etwas auf dem Kerbholz haben. Mit dem Geschrei von Hege wollen sie nach außen hin ihr schuldbeladenes Gewissen entlasten. Dafür sind diese Leute hinlänglich bekannt.



33 derartige Sägevorrichtungen gezählt. Diese Art der Gesteinszerlegung muß also bedeutend billiger sein, als wenn es mit maschineller Kraft geschähe. Und wenn wir monieren, daß die Frauen bei dieser schweren Arbeit tätig sind, so werden uns die dortigen Unternehmer und Herren Geistlichen aus „sozialpolitischem Wohl-

wollen“ heraus erklären, ja wenn die Frauen diese Arbeit nicht leisten dürfen, dann können sie zum Unterhalt der Familie überhaupt auch nichts mehr beitragen.

Das Städtchen Saubsdorf in Osterr.-Schlesien, hart an Preußens Grenze gelegen, weist eine starke Marmor- und Granitindustrie auf. Als ich die letzten Häuser in Groß-Kunzendorf passierte, ließ ein alter Veteran der Arbeit mit seiner Drehorgel „wunderschöne“ Kunstgenüsse vernehmen. Ich reichte meinen Chobus dar und verlangte eine „Dreingabe“. Der gute Mann kurvet um, und um meine „patriotischen Gefühle“ zu erwecken, spielt er das gewiß schneidige Stück: „Ich bin ein Preuze, kennst ihr meine Farben“. Angesichts jenes un-erwarteten — Abschiedsgrußes wandte ich mich schnell dem österreichischen Gebiet zu. In Saubsdorf herrschen die Kleinbetriebe in der Steinindustrie vor. Man kennt überhaupt die großen Betriebe nicht so in der Form, wie in Deutschland. Was ich in Saubsdorf sah, konnte nicht imponieren. — Die Löhne sind beispielsweise noch schlechter als in Groß-Kunzendorf. Die Grabmonumente werden nach der Schablone F entworfen, und das wunderte mich deshalb, weil in Saubsdorf und im nahen Friedeberg je eine Landesfachschule mit Tagesunterricht unterhalten wird. Wegen Zeitmangels konnte ich zu meinem Leidwesen keine von diesen Schulen besuchen. Aber eine fällt sofort auf! Warum wurden diese beiden Fachschulen, die bis jetzt nichts Hervorragendes leisten konnten, nicht schon längst zu einem technischen Institut verwandelt? Lehrer, Schüler und Industrie würden davon profitieren. — Die beiden Schulen weisen heute insgesamt kaum 200 Schüler auf. In der Umgebung von Friedeberg dominiert eine bedeutende Granitindustrie, es werden von dort aus, und zwar zu recht niedrigen Preisen, sehr umfangreiche Lieferungen nach den angrenzenden preussischen Städten übernommen. Einzelne Firmen sollen sogar bis nach Breslau liefern. In Friedeberg unterhält der österreichische Steinarbeiterverband ein Sekretariat. Als Sekretär fungiert Kollege Wixner, welcher vordem längere Zeit im Bunzlauer Gebiet als Steinmetz tätig war und einem Teil der deutschen Kollegen sehr

wohl bekannt sein dürfte. — Die Gegend um Friedeberg muß geradezu herrlich genannt werden, aber von den schönen Reizen des Altwatergebirges können die Steinarbeiter auch nicht fett werden. — Ein Kollege machte mich darauf aufmerksam, daß der Breslauer Fürstbischof im dortigen Gebiet ungeheure Waldungen sein eigen nennen kann. Die Kirche hat ja bekanntlich einen guten Razen. —

In Kaminitz und Laband, Kreis Tost-Gleiwitz, finden sich einige Aufschaltbrüche vor. Das Material liegt sehr ungenügend, große Blöcke können nicht gewonnen werden, so daß die Werksteinindustrie weniger in Frage kommt. Das gewonnene Material wandert in die Kalköfen. Im Regierungsbezirk Oppeln haben wir nämlich eine starke Kalksteinindustrie. Inwiefern wir dort durch die Anstellung eines Gauleiters für Schlesien Erfolge erringen können, muß die Zeit lehren. — In den Orten Dieckau und Duhberg, Kreis Reobschütz, befinden sich einige Basalt- und Grauwackesteinbrüche. Der Betrieb ist allerdings nur ein zeitweiliger. — In Orzechow, Kreis Pleß, wird ein Sandsteinbruch unterhalten. Es wird mittelförmiges, ziemlich grobporiges, zum Teil rotgestreiftes Material gewonnen. Der Stein soll sehr witterungsbeständig sein. Die Schiffschleuse in Cosel ist aus jenem Stein hergestellt. In den Orten Mullwitz und Nutken, Kreis Falkenberg, sind enorme Basaltvorkommen zu verzeichnen. Die Produktion kann sich aber nur dann heben, wenn die maschinellen Einrichtungen vervollkommen werden. — Die Steinindustrie in Oberschlesien hat noch eine große Zukunft. Allerdings die Chancen werden mehr den Kalksteinbrüchbesitzern winken. Dort oben bewirkt die enorme Zunahme der Industrialisierung, daß die Konkurrenz auf lange Zeit hinaus noch eine rege sein wird. Davon profitieren in erster Linie die Kalkbrenner. Die Granitindustrie ist schon mehr der Konkurrenz der mittelschlesischen Industrien ausgesetzt, denn die Bruchsteinslagen in Stragan, Gräben, Bäckitz, Ralkhaus, Oberstreu, Bohrau-Seifersdorf sind eben äußerst günstig. a. st.